

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Bfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Bfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Bfg. Postabonnent: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle oder deren Raum 40 Bfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Bfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenspreiser: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 6. April 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Waffen zur Hand!

Der Sozialismus, dessen Aufgabe es ist, den Augiasstall der kapitalistischen Gesellschaft zu reinigen und dem Menschengeschlecht die Möglichkeit menschlichen, menschenwürdigen Lebens zu schaffen, theilt das Schicksal des Halbgottes, der den ersten Augiasstall reinigte und den aufgesammelten Mist vieler Jahre aus den rindergesüllten Ställen des altgriechischen Sagenkönigs zu fegen hatte: seine Feinde haben ihn schon zu erwürgen gesucht, als er noch in der Wiege lag. Wie aber Verkünder sich der Schlangen erwehrt, die ihn in der Wiege angriffen, so hat auch der Sozialismus sich der Feinde erwehrt, die ihn in der Wiege tödlich drücken wollten. Doch abgelassen haben sie nicht von ihrem Beginnen — mit dem Wachsen des Sozialismus ist auch der Haß seiner Feinde gewachsen und sind die Kämpfe gewachsen, die er um sein Dasein zu kämpfen hat und um seinen Sieg. Denn während er zur Abwehr kämpft, kämpft er auch zur Eroberung.

In keinem Lande der Erde ist der Sozialismus so angefeindet — ist mit solcher Partnäckigkeit, ist so rücksichtslos mit kleinen und großen Mitteln gegen ihn vorgegangen worden, wie in Deutschland, dessen Volk durch ein Zusammenreffen widriger Umstände nicht zur Eringung bürgerlicher Freiheit gelangen konnte und aus diesem Grunde außer dem Joch des Kapitalismus auch noch die bleierne Last mittelalterlicher Erbstrafe und rückständiger, jede gesunde, freie Bewegung hemmender Einrichtungen zu tragen hat. In keinem anderen Lande ist die sozialistische Bewegung so ununterbrochen, so planmäßig, freilich auch so urtheilslos verfolgt worden, wie in Deutschland — und in keinem Land ist die Sozialdemokratie so ununterbrochen und so planmäßig vorangeschritten und hat sie eine so kräftige Entwicklung genommen.

Nur nach der Ueberwindung des Sozialistengesetzes und dem Sturz des Hässigen Bismarck kam für uns eine kurze Zeit vergleichsweise Waffenruhe. Die Feinde waren im Streik um die Beute des gefallenen Hausmeiers, dieser selbst begann seinen Rachekrieg gegen die Spitzen der Regierung, und das Fiasko des Sozialistengesetzes und seiner insamen Praktiken waren in frischem Gedächtnis. Es war das die Zeit, wo einigen bürgerlichen Ideologen der sonderbare Gedanke kam, uns mit „geistigen Waffen“ bekämpfen zu wollen. Die Ruhe und Schonzeit dauerte nicht lang; die „geistigen Waffen“ erwiesen sich so stumpf, daß sie bald in die Rumpelkammer wanderten — die Rachegeier um die Beute haben zwar nicht aufgehört und werden nicht aufhören, allein die Angst vor dem gemeinsamen Feind hat die Gegner von neuem zu gemeinsamem Handeln gegen die Sozialdemokratie zusammenschweiß. Fürst Bismarck hat sein stolzes: *le roi me reverra!* wahr gemacht — er steht wieder an der Spitze der Regierung; wenn auch nicht im Fleisch doch im Geiste, worauf es ankommt.

Und der Alte vom Sachsenwald, dessen Wuth auf die Sozialdemokratie durch ihre Siege über ihn zur Tobsucht geworden ist, wie aus den Ergüssen seines Hamburger Schmutzblattes zu ersehen ist, setzt jetzt all seine Hoffnungen auf die bevorstehende Reichstagswahl.

Daß diese einen Wendepunkt in der Geschichte des Deutschen Reiches bilden wird, darüber sind alle Parteien sich einig. In der bisherigen Weise kann es nicht fortgehen. Das Kraut- und Schlotjunkerthum, das in Bismarck seinen fähigsten Führer und Hauptmann verehrt, hat erkannt, daß es mit vereinzelten Reaktionsschlägen nur Wasser auf die Mühle der Opposition leitet, und daß es auszuholen muß zu einementscheidenden Schlag, der die Sozialdemokratie vernichtet oder wenigstens lähmt und hiermit die Opposition ihres Rückgrats beraubt. Die entscheidende Wichtigkeit der Reichstagswahl, die jetzt vor uns liegt und von der nur Wochen uns trennen, ist von allen Parteien begriffen worden, und zum Wahlkampf rufen seit Monaten, ja seit Jahresfrist alle Parteien. Man kann getrost sagen, daß ein gut Theil aller Reden, die seit Beginn dieser Session im Reichstag gehalten wurden, Wahlreden sind. Der Verath, welchen die Reichstagsmehrheit schon in der Flottenvorlage verübt hat, ist wesentlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Neuwahlen verübt worden. Die Abgeordneten, welche der Regierung den Sieg gaben, fürchteten für den Fall einer Niederlage der Regierung eine Reichstagsauflösung und Wiederholung der Fälschungswahlen von 1887, durch welche der wankende Fürst Bismarck sich wieder auf einige Jahre im Sattel festsetzte.

Die beiden Reichstagswahlen seit dem Sturze Fürst Bismarck's: die Wahl von 1890 und die von 1893 fanden unter verhältnismäßig geringem Druck der Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie statt. Die Reaktion war durch den Haß ihres Chefs außer Fassung gerathen; der Kaiser, der sein eigener Reichskanzler sein wollte, glaubte nicht bloß mit der Sozialdemokratie, sondern überhaupt mit der Opposition spielend und in Güte fertig werden zu können und suchte, trotz des Wortes: „Der Kurs bleibt der alte“, einen neuen Kurs einzuschlagen, der sich von der Miß- und Gewaltwirtschaft Bismarck's unterscheiden und diesen aus dem Gedächtnisse des Volks auslöschen sollte. Der „neue Kurs“ blieb aber ein frommer Wunsch. Die Bismarck'schen Kommiss und Agenten aus den Staatsämtern zu treiben, erbeizte eine Kräfteanstrengung, deren die Männer des neuen Kurzes nicht fähig waren oder sich nicht für fähig hielten. Es kamen jene standalösen Beteiligungen,

Verchwörungen und Schmutzereien, die in den Prozessen gegen Ledert-Lühow und Tausch der Öffentlichkeit enthüllt wurden. Die Junker arbeiteten in den oberen Regierungskreisen und bei Hofe unablässig und erfolgreich mit dem „rothen Gespenst“, drängten sich mehr und mehr in das Vertrauen des Kaisers.

Die Vera Lucanus brach an — der Schanckel-Kurs wurde zum Fickack-Kurs. Caprioi, der sich eine bestimmte Linie der Politik vorgezeichnet hatte, mußte vom Schauplatz abtreten — der biegsame Fürst Hohenlohe trat an seine Stelle, und Reichskanzler wie Reichsminister wurden, um den Posadowsky'schen Ausdruck zu gebrauchen, der „Kugelfang“, der keinen anderen Zweck hat, als das persönliche Regiment zu decken — eine Rolle von so über- oder untermenschlicher Bescheidenheit, daß wir die moderne Geschichte vergeblich nach einem Seitenstück durchstöbern.

Dank dem Fickackkurs und dem „Kugelfang“ ist das absolutistische System Bismarck's thatsächlich wieder auferstanden und die Reaktion zu einer Macht gelangt, der nur noch durch eine Kraftthat des Volkes und der Wählerschaft Halt geboten und das Handwerk gelegt werden kann.

Für diese rettende Kraftthat des deutschen Volkes bieten die nächsten Wahlen die verfassungsmäßige Gelegenheit. Der herrschenden Reaktion muß bei dieser Sachlage alles daran gelegen sein, die nächsten Wahlen in ihrem — der Reaktion — Sinne zu lenken, und sie hat ein Lebensinteresse, den ganzen Regierungs- und Verwaltungsapparat in alt Bismarck'scher Weise zur intensiven Wahlbeeinflussung zu benutzen.

Die parlamentarischen Hasenfüße, die in der Flottenvorlage „umgefallen“ sind, weil sie fürchteten, à la 1887 traktirt und gehebt zu werden, haben demnach durchaus nicht ohne Grund gefürchtet. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reaktion in dem kommenden Wahlkampf ebenso gewaltthätig und skrupellos vorgehen wird, wie im Jahre 1887, und daß wir auf den äußersten Druck von oben, auf die denkbar stärkste Ausübung der Verwaltungs- und Regierungsgewalt, und auf Maßregelungen, Ueberraschungen, Chikanen, Verfolgungen jeder Art gefaßt sein müssen.

Die Reaktion weiß, daß sie va banque spielt. Gelingt es ihr nicht, eine gefügige Reichstagsmehrheit zu erzwingen, so schwindet für sie die Hoffnung, die zu ihrem Siege und zu ihrem dauernden Machtsitz notwendigen Ziele zu erreichen: Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts und Vernichtung des Koalitionsrechts. Diese zwei Ziele zu erreichen, ist eine Existenzbedingung des reaktionären Kapitalismus, vertreten in erster Linie durch die Kraut- und Schlotjunker, welche sich zu gemeinsamem Angriff auf die Fäden und auf die Freiheit des arbeitenden Volkes vereinigt haben. Gelingt es dem vereinigten Junkerthum nicht, die nächsten Wahlen nach seinen Wünschen zu lenken, so muß es entweder seine Pläne auf weitere fünf Jahre vertagen, oder es muß sich zu dem offenen Staatsstreich entschließen. Vertagung der Pläne bis zu den Reichstagswahlen des Jahres 1903 wäre aber menschlicher Berechnung nach eine Vertagung zum St. Nimmerleinstag; und ein Staatsstreich — das ist den Herren Junkern nachgerade aufgedämmert — ist die Revolution, deren Entfesselung von oben die Gefahren, welche eine Revolution am Ende des 19. Jahrhunderts in ihrem Schooße birgt, sicherlich nicht vermindert!

Unter solchen Umständen ist es mathematisch gewiß, daß der nächste Wahlkampf die wildesten Orgien der Reaktion bringen und an Heftigkeit der Beeinflussung und des Druckes auf die Wählermassen die Fälschungswahl von 1887 vielleicht noch übertreffen wird, denn die Reaktion hat seitdem bedeutende Fortschritte gemacht, und sie hat heute Mittel, die sie vor 11 Jahren noch nicht hatte. Und ebenso mathematisch gewiß ist, daß die Hauptwucht des reaktionären Aufsturzes sich gegen die Sozialdemokratie richten wird, die heute in Deutschland die einzige feste Stütze der Freiheit und der Volksrechte ist und, bei der politischen Erbärmlichkeit der deutschen Bürgerklasse, sogar die einfachsten bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen und zu verfechten hat.

Man erinnere sich nur an die Drohungen des Grafen Posadowsky in der Reichstags-Sitzung vom 26. März: „Wir werden alles dazu thun, um das deutsche Volk aus diesem Schlafe aufzurütteln.“ Das hieß: Die Regierung will ihren ganzen Machtapparat daran setzen, um die Bevölkerung gegen die Sozialdemokratie aufzubringen. Und die reaktionäre Presse ist drauf und dran, den Wünschen des Grafen Posadowsky nachzufolgen. In zahlreichen Artikeln predigt tagtäglich die Bismarck-Miquel-Presse den Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie. Gestern erst leitartikelt die freikonservative „Berliner Neuesten Nachrichten“, das Bürgerthum möge sich nicht durch die Gegensätze in den wirtschaftlichen Fragen beirren lassen, sondern die Hauptsache des Wahlkampfes solle sein, daß ein großer Wahlsieg der Sozialdemokratie, durch den der Einfluß dieser Partei außerordentlich erhöht würde, vermieden werde.

Aber die Schwierigkeiten und Gefahren des Kampfes sind für unsere Genossen nur ein Sporn der Kampflust und des Opfermuthes. Die deutsche Sozialdemokratie steht als Organisation immer auf dem Kriegsfuß, und wir sind bereit, jeden Augenblick den Wahlkampf zu beginnen.

Au Bord unserer Schlachtflotte ist „alles klar zum Gefecht“; sie wird nicht „von Savarie zu Savarie“ eilen,

sondern von Sieg zu Sieg. Das wissen wir. Denn wir wissen, daß wir die Kraft haben, wenn wir den Willen haben und die ersten Gebote der Klugheit und der Pflicht nicht verabsäumen. Der Krieger muß stets an den Feind denken und an die Schlacht; er soll auf sich selbst vertrauen und auf die gute Sache — dabei aber nach Cromwell's, des großen englischen Befreiers Wort „das Pulver stets trocken halten“.

Von den Genossen erwarten wir, daß sie das Erreichte sich nie genügen lassen. Gut wie im allgemeinen unsere Organisation ist — sie muß fortwährend verbessert, die Rahmen immer mehr ausgefüllt, die Reihen immer fester geschlossen werden. Und die Waffen zur Hand, auf daß keine Ueberrumpelung möglich! Unter den politischen Kriegswaffen steht aber für alle Parteien, und für unsere junge, geachtete Partei mehr als für alle anderen, die Presse in erster Linie. Unsere Parteipresse ist unsere beste Waffe für Vertheidigung und Angriff. Sie ist unsere beste Waffe für den Wahlkampf.

Unsere Organisation unablässig vervollkommen; unsere Parteipresse für Vertheidigung und Angriff immer wirksamer gestalten, durch Mitarbeit, durch Vertiefung des Inhalts und Erweiterung des Leserkreises sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe immer geeigneter machen, das ist die beste Vorbereitung zum Wahlkampf!

### Politische Uebersicht.

Berlin, 5. April.

Ein großes Wahljahr ist das Jahr 1898. Nachdem in Norwegen und Spanien die Parlamente neu gewählt wurden, haben wir heute in Dänemark die Wahl des Folkething. Dierauf werden die französischen und belgischen Kammerwahlen, dann die Erneuerungen des deutschen Reichstags, des preussischen Abgeordnetenhauses und einiger anderer Landtage stattfinden. Auch die ferbische Skuptschina ist zu erneuern. Neuwahlen in Oesterreich, Italien, Rumänien und Griechenland werden vielleicht durch die Ereignisse gezwungen werden.

An den dänischen Wahlen ist auch unsere Partei lebhaft interessiert. Bei den lebhaften im April 1895 stattgefundenen Wahlen wurden 9 Sozialdemokraten gewählt. Außerdem gehören dem Folkething 54 Radikale (Linkenreformpartei), 26 Gemäßigte (Moderate), 24 Konservative (Rechte) und ein mehr zu den Radikalen neigender Wider an. Nur durch Konzessionen an die Sozialdemokraten konnten die Radikalen sich die Majorität sichern, da ihnen einige Stimmen zum absoluten Mehr fehlten. Aus diesen Gründen sind die Wahlausrufe der „Linkenreformpartei“ sehr entschieden demokratisch und dem Militarismus feindlich gehalten. Sie erwarten von den Wahlen die Eringung der Mehrheit des Parlamentes. Ob dies ein Glück für Dänemark sein wird, muß dahingestellt bleiben, da sie dadurch, von der sozialdemokratischen Fraktion unabhängig gemacht, ihren eigentlichen Bourgeoischarakter entschiedener hervorkehren dürfte. Dafür spricht auch das Bestreben, mit einem Theile der Moderaten eine Regierungspartei zu bilden. Die letzten Kommunalwahlen in Kopenhagen, die erst vor wenigen Tagen stattgefunden haben, bewiesen, wie sehr die Konservativen den Boden im Volke verlieren, sie werden auch wohl die Kosten der Wahlkämpfe zu tragen haben. Die Aussichten für unsere Partei sind sehr günstige, sie kann wohl auf einen erheblichen Stimmenzuwachs, wenn auch kaum auf eine erhebliche Vermehrung ihrer Reichstagsitze rechnen. —

Die Vermittelung der europäischen Staaten wird, wie wir von Anfang an vermutet haben, von den Machthabern in Washington entschieden zurückgewiesen. Obgleich die Vorverhandlungen zwischen den europäischen Regierungen und ihren bei den Vereinigten Staaten beglaubigten Vertretern noch schweben, wird doch schon kategorisch erklärt, daß die Union „unter keinen Umständen die Vermittelung oder Einmischung irgend einer auswärtigen Macht annehmen kann.“ Wie vorsichtig die europäischen Regierungen in dieser überaus heißen diplomatischen Angelegenheit vorgehen wollen, geht aus der Haltung der englischen Regierung hervor, wie man aus dem folgenden telegraphisch übermittelten Unterhaus-Berichte ersehen kann:

Auf eine Anfrage Morley's über den Stand der Angelegenheiten zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten erklärt Balfour, er könne nur sagen, daß diese Frage in jeder Hinsicht zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans Beforgnisse verursacht und daß bei den unmittelbar davon berührten Regierungen der starke Wunsch vorhanden sei, den Frieden zu wahren. Balfour schließt: „Was wir thun können, wird geschehen.“

Daß man sich völlig auf den Kriegsfall einrichtet, geht aus einer Reihe von Mittheilungen hervor; so soll der amerikanische Gesandte in Spanien seine Vorbereitungen zur Abreise getroffen haben. Die kanadische Regierung hat Vorkehrungen getroffen, um ihre Hafenplätze an der Ostküste gegenüber etwaigen Zwischenfällen sicherzustellen. Die amerikanischen Versicherungsgesellschaften nehmen Versicherungen für Schiffsendungen und Seereisen nur noch unter der Bedingung an, daß im Falle eines Angriffes durch Kriegsschiffe die Versicherung zur Ersatzleistung nicht verpflichtet ist.

Die Abtheilung des amerikanischen Marine-Amts für Hilfskreuzer hat auf Anordnung des Marine-Amts zehn Küstenschiffe angekauft, welche als Hilfschiffe dienen sollen.



Aus New-York und Washington liegen die folgenden Meldungen vor:

Das sogen. strategische Marine-Amt, welches aus drei hohen Marine-Offizieren besteht und die Aufgabe hat, Defensiv- und Offensivregeln vorzuschlagen, rief dem Präsidenten und dem Kabinett gestern, sofort Schritte zu ergreifen, um die spanische Torpedoboot-Flotte abzufassen und zu vernichten, falls die Vereinigten Staaten Spanien den Krieg erklären sollten.

Die Marine-Kadetten der ersten Klasse der Marine-Akademie in Annapolis haben den Befehl erhalten, sofort sich auf die für sie bestimmten Kriegsschiffe zu begeben. Sie haben ihr Abgangsgewinn erhalten und ist ihnen die Schlußprüfung erspart geblieben. Die Bundesregierung hat die Arbeiten an der „Maine“ sistirt.

Wie sehr man sich in den Vereinigten Staaten auf alle Möglichkeiten vorbereitet, geht schon daraus hervor, daß wertvolle Vilen an der Einfahrt des New-Yorker Hafens, die unter dem Bereich einer feindlichen Flotte liegen, mit Dynamit unterminirt werden, so daß sie jeden Augenblick in die Luft gesprengt werden können. Alle Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten sind fortwährend unter Dampf. Wachen sind an Bord der Schiffe aufgestellt, als ob der Krieg schon erklärt worden wäre.

Über 100 amerikanische Zeitungsberichterstatler der Hauptblätter des Landes sind gestern von New-York nach verschiedenen Ozeanstädten abgereist. Einige reisen sogar nach den Kanarischen Inseln und den Philippinen. Viele beurlaubte Arme- und Marine-Offiziere der Vereinigten Staaten haben telegraphisch Befehl erhalten, sich zu stellen. Sogar die in England zum Zwecke des Ankaufs von Schiffen weilenden Marine-Offiziere haben in die Heimath zurückzukehren.

Über die spanischen Kriegsvorbereitungen meldet man der „Köln. Ztg.“:

Verschiedene Truppenteile stehen bereit, um für den Kriegsfall sofort nach den Kanarischen Inseln überzugehen, n. a. in Barcelona 2 Kompanien Infanterie und 2 Kompanien Bergartillerie (Kruppsche Schnellfeuerlöcher); in Larragona das 2. Bataillon von Buchana, in Valencia das 2. Bataillon vom Malorca-Regiment; in Cordoba das Jägerbataillon Kuba, in Sevilla das Jägerbataillon Segorbe, das bereits die in Jerez und Puerto Real stehenden Kompanien an sich gezogen hat; in Madrid ein Pionier-Bataillon; ferner soll eines der beiden Regimenter Marine-Infanterie, die von den Philippinen zurückkommen, nach den Kanarischen Inseln gehen. Außerdem können die auf den Kanarischen Inseln und Balearen stationirten regionalen Truppen leicht auf den Kriegsfuß gebracht werden. Trotdem soll auch die Garnison der Balearen, ebenso die der afrikanischen Besitzungen, noch durch verschiedene Bataillone von der Halbinsel verstärkt werden. In Cadix und Tarifa werden die Besatzungen in aller Eile insstandgesetzt. Die Kreuzer „Infanta Maria Teresa“ und „Cristobal Colon“ sind mit dem Torpedojäger „Destructor“ plötzlich von Cartagena nach Cadix abgedampft. Angeblich soll der Ankauf des schönen, neuen, in Italien gebauten Kreuzers „Garibaldi“ gelungen sein. In Barcelona wurde die englische Yacht „Giralda“ angekauft. Die Uebernahme des 1893 in England gebauten Schiffes durch die Marine hat bereits stattgefunden; es ist als Flaggschiff für die zweite Torpedoboot-Division in Aussicht genommen. Es dürfte die größte Privatjacht gewesen sein, denn bei 85 Meter Länge und fast 11 Meter Breite hat es eine Tragfähigkeit von 1500 Tonnen, Fahrgeschwindigkeit 21 Knoten. Ferner hat es den Vorzug, soviel Kohlen saffen zu können, daß es die Reise von London nach Amerika hin und zurück machen kann, ohne genöthigt zu sein, Feuerungsmaterial inzwischen einzunehmen. Vorläufig ist es mit 2 Gardner- und 4 Potchiffs-Kanonen bewaffnet. All das deutet, wie man sieht, nicht darauf hin, daß Spanien ohne weiteres nachgeben wird.

Von sonstigen mit dem Streitfall in Beziehung stehenden Meldungen wäre noch zu registriren die Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus New-York:

Ein Führer der kubanischen Aufständischen, Palma, erklärte, daß ein Waffenstillstand unannehmbar sei, außer, wenn die Bundesregierung oder Spanien die Unabhängigkeit Kubas anerkennen.

Die kubanische Regierung hat ein Manifest erlassen, in welchem es heißt:

Die Autonomie bedeutet den Frieden und die Eintracht, schließt niemanden aus und öffnet allen gesetzlichen Bestrebungen das Feld. Es gilt, das Vaterland gegen äußere und innere Gefahren zu verteidigen. Die kubanische Verfassung ist verbesserungsfähig. Die Majorität der Kammer wird über die eigene Regierung Entscheidung treffen. Der Weg ist offen für jede soziale Thätigkeit. Der Augenblick, die Feindseligkeiten einzustellen und die Eintracht herzustellen, ist gekommen. Ergreifen wir die Initiative, indem wir die Achtung des Lebens gewahrt, leisten, geben wir den Wünschen nach Frieden Ausdruck und verzweifeln wir nicht, den Frieden aufrecht zu erhalten und Liebe zu Kuba!

Zu spät! Zu spät! All diese schönen Worte dürften Kuba für Spanien nicht mehr retten! Dies geht auch aus den folgenden Meldungen hervor, die aus New-York telegraphirt werden:

Die in New-York erscheinende „Post“ meldet aus Washington, die Botschaft Mac Kuley's werde darlegen, Spanien habe seine völlige Unfähigkeit, zu regieren, bewiesen; der amerikanische Handel habe Schaden erlitten; die Existenz amerikanischer Besitzungen werde durch die gegenwärtigen Zustände gefährdet. Die Botschaft mache Spanien für den Unfall der „Maine“ verantwortlich; sie mache zwar keinen direkten Vorschlag, aber gebe drücklich den Wunsch zum Ausdruck, daß eine bewaffnete Intervention die Ordnung und den Frieden wiederherstellen werde. Die Botschaft empfehle nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit, Kuba's, da die Aufständischen keine angemessene Regierungsform eingeführt hätten. Die Botschaft, welche gleich bedeutend mit einer Kriegserklärung sei, erklärte, die Vereinigten Staaten würden alle weiteren Verhandlungen einstellen und keine Vermittelung annehmen.

Eine Depesche des „New York Herald“ aus Washington besagt, der Krieg werde von demjenigen für unvermeidlich gehalten, welche den Inhalt der bevorstehenden Botschaft Mac Kuley's kennen. Diese Botschaft solle nach einer zweifelsfreien Quelle eine Intervention mittels Gewalt in sich schließen; die Botschaft bilde eine Anklageschrift gegen Spanien von solcher Schärfe, daß die Fortführung der diplomatischen Beziehungen unmöglich scheine. Die formelle Aßernung Woodfords werde wahrscheinlich gleichzeitig mit der Uebergabe der Botschaft an den Kongreß erfolgen. — Die „Post“ meint, Spanien werde binnen 48 Stunden alle Forderungen Amerika's bewilligen müssen.

Dem „Journal“ wird aus Havana gemeldet, General-Consul Ses habe allen dort wohnenden Angehörigen der Vereinigten Staaten bekannt gegeben, sie müßten bereit sein, Kuba noch heute zu verlassen. — Denselben Blatt wird aus San Domingo telegraphirt, es verlautet dort, die Vereinigten Staaten hätten sich die Kontrolle über eine Insel in der Samana-Bucht als Kohlenstation gesichert; große Mengen Kohlen träfen dort ein.

Demnach ist die Kriegserklärung sündlich zu erwarten.

China. Die englische Presse hat die Festsetzung in Weihaiwei im allgemeinen zustimmend aufgenommen. Sie verhehlt sich dabei nicht, daß die neue Position mehr politischen als kommerziellen Werth habe. Einige Blätter verurtheilen nicht, daß durch diese englische Besitzergreifung an der Ein-

gangspforte des Golfes von Petchili die Spannung gegenüber Rußland weiter verschärft werden wird.

Nach wie es scheint offiziösen Mittheilungen der „Köln. Ztg.“ hat die deutsche Regierung nichts gegen die Okkupation von Weihaiwei einzuwenden. Denn vom deutschen Kiautschou-Gebiet sei der Bezirk von Weihaiwei durch hohe Gebirgszüge derartig getrennt, daß Reibungen nicht zu befürchten seien. Andererseits sei es politisch günstiger, zwei auf einander eifersüchtige Nebenbuhler zu haben als nur einen.

Nach einer „Neuter Meldung“ bestätigt sich, daß die englische Aktion nach vorheriger Uebereinkunft mit Japan erfolgt ist. Japan hat Rußland zum Rückzug aus Korea veranlaßt, indem es ihm freie Hand am Golf von Petchili zu lassen versprochen. Nachdem Rußland sich hierauf eingelassen, kommt nun England, um an Stelle Japans sich an der Einfahrt zur Reichshauptstadt festzusetzen. Es will doch scheinen, als sei in alledem ein wohlvorbereiteter gemeinschaftlicher Plan Englands und Japans zu erkennen.

Wie man die Besetzung von Weihaiwei in Rußland aufnimmt, darüber liegen noch keine Meldungen vor. Die „Nowoje Wrenja“ läßt sich, anscheinend noch vor dem Eintreffen der Meldung von dem englisch-chinesischen Abkommen bezüglich Weihaiwei, sehr aggressiv vernehmen: England müsse seine Absichten auf einen Hafen im Golf von Petchili aufgeben, wenn es nicht Schwierigkeiten an der indisch-afghanischen Grenze wünsche. Rußland müsse freien Ausgang aus dem Golf von Petchili haben; es werde unter keinen Umständen davon abgehen.

Und auch Frankreich tritt wiederum auf den Plan der Wettbewerber um die „chinesische Erbschaft“. Nach den „Times“ beabsichtigt Frankreich an der Mündung des Min-Flusses nahe bei Tschon eine Kohlenstation zu erwerben. Tschon, einer der ältesten Vertragshäfen, ist die Hauptstadt von Fokien, welche Provinz zu den besten Theilen China's gehört, und liegt etwa halbwegs zwischen Hongkong und Shanghai. Eine solche Erwerbung würde mitten in das chinesische Gebiet eingreifen, welches England als seine Sphäre auffaßt. Die „Times“ erklären auch bereits, das Verlangen Frankreichs werde auf den Widerspruch aller Handelsmächte stoßen.

### Deutsches Reich.

Reichstags-Resolutionen. Nachdem bereits durch einen Beschluß des Bundesraths den beiden vom Reichstage zum Etat gefaßten Resolutionen bezüglich der Erhöhung des Anfangsgehalts der Post-Unterbeamten und des Endgehalts der Landbriefträger insofern stattgegeben ist, als die gewünschten Erhöhungen vom 1. April 1899 eintreten sollen, wird eine andere Resolution, welche die Einstellung einer Summe zur Errichtung einer Biologischen Versuchsanstalt für wissenschaftliche Erforschung wirtschaftlich nutzbarer Lebensbeziehungen von Pflanzen und Thieren betrifft, durch den nach den Osterferien zu erwartenden Nachtragsetel ihre Erledigung finden. Auch die zum Etat des Reichs-Eisenbahn-Amtes gefaßten Resolutionen bezüglich der Beschäftigung einer Häufung von Unglücksfällen und der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bahnen haben bereits durch die Einbringung entsprechender Entwürfe seitens des Reichs-Eisenbahn-Amtes an den Bundesrath eine Berücksichtigung erfahren.

Wieder großer Unfug — und wieder in Magdeburg, wo unsere Parteigenossen — wie es scheint — fortgesetzt darauf ausgehen, die Polizei auf diesem Gebiete zu ähneln sein durchdachten Plänen und Projekten anzuregen. Wenn das nicht immer gelingt, was die Polizei sätoralisch schuf, um den groben Unfug als schneidige Waffe gegen die bösen Sozialdemokraten zu führen, so sind daran wieder unsere Parteifreunde schuld, die vom groben Unfug nicht zu kurieren sind, und schließlich scheinen auch die Magdeburger Richter an den Dingen den Geschmack verloren zu haben. Die neueste Mißthat auf dem Gebiete des groben Unfugs hatte unser Magdeburger Partei-Organ verübt. In einem Bericht über eine Gerichtsverhandlung war behauptet worden, daß zwei Polizeibeamte zu 10 M. Strafe wegen Terminverräumniss verurtheilt seien. Selbstverständlich liegen in einer solchen Mittheilung — zumal sie nicht wahr sein sollte — die Kriterien des groben Unfugs und flugs erschien für den Redakteur Baumüller ein Strafmandat in Höhe von 10 M. Immerhin noch sehr mäßig, wenn man bedenkt, daß man bis zu sechs Wochen wegen solcher Verbrechen eingekerkert werden kann. Außerdem lag ja klar auf der Hand, daß durch solche Mittheilung weite Kreise der Bevölkerung beunruhigt werden; ferner ein Polizeibeamter überhaupt an Ordnung und Pünktlichkeit gewöhnt ist — immer zur Stelle ist, wenn ihn die Pflicht ruft und schon der Zweifel an alle diese Tugenden die Bedürfnis in heilloser Furcht und Entsetzen bringen muß — also Beunruhigung, wie sie unter schwereren Umständen gar nicht gedacht werden kann. Baumüller hat die Schwere seines Verbrechens wahrscheinlich nicht begriffen, denn er verlangte in der Sache richterliche Entscheidung. Und nun stellte sich heraus, daß nicht zwei Schulente, sondern nur einer den Termin veräuht hatte. Herr Kommissar Weien war zur Stelle. Also nur ein halber grober Unfug, aber mit 10 M. sehr mäßig bezahlt. Nun geschieht das Ueberraschende, der Staatsanwalt plaidirt für Freisprechung und das Gericht erkennt danach. Denn, so sagt der Staatsanwalt, dem Publikum sei es gleichgültig, ob ein oder zwei Schulente wegen Terminverräumnisses bestraft worden seien; demüthigt sei es nicht worden, sodas „grober Unfug“ nicht vorliege.

Das wäre mithin der Magdeburger Polizei mißglaüt — na vielleicht ein andermal — nur nicht die Hoffnung aufgeben!

Aus Oberschlesien, 4. April. (Eig. Ber.) In Oppeln der Herausgeber des „Opolanie“, eines polnischen Volkskalenders nationalpolnischen Tendenz, Herr v. Koraszewski, wegen angeblicher Aufreizung der ober-schlesischen Polen zu Gewaltthatigkeiten gegen die Deutschen zu 6 Monaten (1) Gefängnis verurtheilt worden. Diese Aufreizung soll enthalten sein in einem in jenem Kalender abgedruckten Märchen „Das schlesische Achenbrot“, in dem in Märchenform das Verhältnis der ober-schlesischen Polen zu den Deutschen dargestellt wird. Ueber die Auffassung des Gerichts sowie über das Strafmaß wundert man sich allgemein, zur Germanisierung der Polen dürfte das Urtheil wenig beitragen.

Leipzig, 5. April. Wie das „Leipziger Tagebl.“ vernimmt, ist gegen den aus Gedenken in der Pfalz gebürtigen 30-jährigen Schriftsteller Gustav Minker die reichsgerichtliche Voruntersuchung wegen Verrathes militärischer Geheimnisse eingeleitet worden.

Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg. Das Ministerium bestimmte in Abänderung einer früheren Bekanntmachung, daß die Landtagswahlen nicht am 18., sondern am 19. April erfolgen sollen.

Wom geistesgestörten Bayernkönigs meldet das offiziöse „Süddeutsche Korrespondenzbureau“ wörtlich:

„Im Körperlichen Befinden Sr. Majestät des Königs Otto ist in den letzten Tagen eine Besserung eingetreten.“

Der ärztliche Bericht hierüber lautet wie folgt: Bei Sr. M. dem König wurde vor einigen Tagen entdeckt, daß der Urin weißlich und nicht beträchtliche Mengen Blut enthalte. Die Untersuchung, soweit sie unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, gestattete den Schluß, daß es sich um ein Blasenbluten handle, allerdings mit gleichzeitiger Reizung der Nieren. Wenn auch die Ursache der Blasenblutung angesichts der gegebenen Verhältnisse nicht mit völliger Bestimmtheit eruit werden kann, so darf doch ausgesprochen werden, daß der Zustand Sr. Majestät zu ernstlichen Bedenken noch keine Ver-

anlassung giebt. Ob aber aus den vorhandenen Zeichen mit der Zeit nicht doch eine Gefahr für das Leben erwachsen wird und innerhalb welcher Zeit dies der-Fall sein kann, ist vorläufig noch nicht abzusehen.“

Es handelt sich wohl bei dieser ungewöhnlichen Mittheilung um ernsthafte Dinge, als sie der Offiziosus sagen darf. Wahrscheinlich soll das bayerische Volk auf das bevorstehende Ende des Reichs regierungsunfähigen Königs vorbereitet werden.

Stuttgart, 5. April. (Privat-Telegramm.) Die Kammer der Abgeordneten stimmte heute über die Verfassungsreform ab. Sie nahm mit 69 gegen 18 Stimmen die Bestimmungen über die Zusammensetzung der beiden Kammern an. Das Zentrum gab die Erklärung ab, daß die bejahende Abstimmung nur provisorisch sei. Die Entabstimmung, welche nach der Verathung in der Ersten Kammer stattfinden werde, werde abhängig gemacht von der Annahme eines heute eingebrachten Antrages, welcher die bischöflichen Rechte erweitert. Sodann wurden die Bestimmungen für die Wahl (Wahllokreise, Stimmraum) mit 78 gegen 10 Stimmen und die Anwendung des Proportionalstystems 1. der Wahl von 21 für die ausstehenden Privilegirten zu wählenden Abgeordneten mit 62 gegen 19 Stimmen angenommen.

Straßburg i. E., 4. April. (Eig. Ber.) Der kürzlich vom Bundesrath genehmigte Entwurf eines Gesetzes über die Presse in Elsaß-Lothringen bedarf, um Gesetzeskraft zu erlangen, nur noch der Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Körperschaft. Als solche kann entweder der Reichstag oder der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen in Betracht kommen. Von ersterem darf wohl erwartet werden, daß er, wie dies beim Reichs-Preßgesetz geschehen ist, die gesetzliche Neuordnung der längst unhaltbar gewordenen reichsständischen Preßverhältnisse in einer Weise vornehmen wird, die den modernen Anschauungen über die Freiheit der Presse im wesentlichen entspricht. Bezüglich des Landesausschusses wagen wir diese Hoffnung nicht zu hegen. Das „Neutnerparlament“ hat sich so oft als ein Hort rückständiger, mit politischer und sozialer Gerechtigkeit unvereinbarer und der freirechtlichen Entwicklung des Landes feindlicher Anschauungen erwiesen, es hat sich so oft zur einzigen Aufgabe gemacht, den Willen der Regierung zu thun, daß von seiner Mitarbeit an dem vorliegenden Gesetzentwurf nichts Erwünschtes erwartet werden kann.

Deßhalb erscheint es uns nicht gerade verwunderlich, wenn die Regierung den Versuch macht, die Neuordnung der Preßverhältnisse in Elsaß-Lothringen der Entscheidung des Reichstages zu entziehen und sie derjenigen des Landesausschusses zu unterbreiten. Ueber die Form, in welcher dies geschehen soll, spricht sich die Begründung des Entwurfs folgendermaßen aus:

„Im Hinblick auf die Nothwendigkeit der Vorbehalte bezüglich der ausländischen Presse, der einheimischen, sich einer fremden Sprache bedienenden Zeitungen und der bestehenden Auktionspflicht ist von einer formellen Einführung des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 als eines Reichsgesetzes Abstand genommen worden, da es als ein wenig erwünschter Zustand erschiene, daß die Reichsgesetze in den einzelnen Staatsgebieten einen sachlich verschiedenen Inhalt aufwiesen. Es wird vielmehr als zweckmäßig erachtet, das Reichs-Preßgesetz mit den erforderlichen Zusätzen einzuleiten als Landesrechtliche Norm in Kraft zu setzen. Dabei ist der Weg einer förmlichen Einführung des Gesetzes nach seinem Wortlaut unter gleichzeitiger Zusammenfassung der erforderlichen Vorbehalte in einem einführenden Gesetze gewählt worden. Dieser Weg ist dem anderen, der sich bei, nämlich die Bestimmungen des Reichsgesetzes mit den entsprechenden Vorbehalten als neues Gesetz einleitlich zu kodifiziren, vorgezogen worden, weil dabei schärfer zum Ausdruck kommt, daß die einführenden Bestimmungen des Reichsrechtes, obwohl sie als Landesrecht in Kraft treten, in dem gleichen Sinne und mit der gleichen Tragweite zur Anwendung gelangen sollen, wie im Geltungsgebiete des Reichs-Preßgesetzes.“

Dieses Vorgehen der Regierung ist, wie der „Vorwärts“ schon in seiner ersten Besprechung hervorgehoben hat, unseres Erachtens verfassungswidrig. Durch die klaren Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 wird das gesamte Preßrecht zum Gegenstande der Reichsgesetzgebung gemacht. Diese Absicht des Gesetzgebers darf nicht nur aus dem § 31 des genannten Gesetzes hervor, in welchem implizite ausgesprochen ist, daß die reichsgesetzliche Regelung der Preßverhältnisse auch für Elsaß-Lothringen bindend, der Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes aber vorerst verschoben sei; sie findet sich ganz besonders in § 30, durch welchen die der Landesgesetzlichen Regelung vorbehaltenen Gebiete des Preßwesens ausdrücklich abgegrenzt sind. Diese unsere Auffassung wird ferner unterstützt durch die Motive des Reichs-Preßgesetzes zu dessen § 31, aus welchen hervorgeht, daß der Reichsgesetzgeber Elsaß-Lothringen in die Sphäre seiner legislativen Kompetenz mit einbezogen wissen wollte und lediglich aus Gründen staatspolizeilicher Natur von einer Aenderung des dort bestehenden Rechtszustandes bis auf weiteres Abstand nahm. Die angezogene Begründung lautet!

Es gestatten die offenkundigen Bestrebungen, welche daselbst (in Elsaß-Lothringen) gegen die Vereinigung des Landes mit Deutschland thätig sind, und die mächtigen, in das Gebiet der internationalen Politik zurückgreifenden Anlehnungen, welche diesem zu Gebote stehen, gegenwärtig nicht, die Mittel aus der Hand zu geben, welche die französische Preßgesetzgebung zur Verhütung des Mißbrauches der Presse im Sinne dieser Bestrebungen gewährt.“

Es steht für uns demnach außer allem Zweifel, daß für die Verabschiedung des vom Bundesrath genehmigten reichsständischen Preßgesetzentwurfes nicht der Landesausschuß für Elsaß-Lothringen, sondern der Reichstag zuständig ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Eine rachsüchtige Denunziation wegen Majestätsbeleidigung zwang den Arbeiter Johann Rudolph Otto Stein aus Berlin heute vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu erscheinen. Der Angeklagte hatte früher mit der unverschämten Donau in Rixdorf zusammen gewohnt. Als er aber eine andere heirathete und sie verließ, da erinnerte sie sich, daß Stein schon einmal wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt war und glaubte nun wohl, in einer Denunziation wegen Majestätsbeleidigung das bequemste Mittel zu finden, sich an ihrem treulosen Liebhaber zu rächen. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, das öffentlich verkündete Urtheil lautete aber dahin, daß der alleinigen Belastungszeugin keine besondere Glaubwürdigkeit beizumessen und der Angeklagte daher freizusprechen sei.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde vom Landgericht Magdeburg der Kaufmannslehrling Friedrich Winkelmann aus Gr.-Osternleben, geb. am 8. Mai 1858, wegen Kaiserbeleidigung zu einem (11) Monat Gefängnis verurtheilt.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vom Schwurgerichte München I am 25. Februar der Redakteur Eduard Fuchs zu Gefängnis verurtheilt. Inkriminiert waren zwei Artikel des von ihm redigirten „Süddeutschen Postillon“ in Nr. 2 vom laufenden Jahre, welche die Ueberschrift tragen: „Eitliche Weltordnung“ und „Fürstenspielzeug“. Bekanntlich wurde gegen unseren Genossen die sehr hohe Strafe von zehn Monaten Gefängnis erlassen. Die Revision des Angeklagten, welche sich gegen die Annahme zweier selbständiger Strathaten richtete, wurde am 4. d. M. vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

In dem Prozesse gegen den Chefredakteur des „Klabberadatsch“, Trojan, wurde heute vom Reichsgericht die Revision des Angeklagten und des Verlagsbuchhändlers als unbegründet verworfen.

### Oesterreich-Ungarn.

Die geplante Flottenvermehrung löst auf sehr große Schwierigkeiten. Das ungarische Ministerium will in die Bewilligung großer Summen für Kriegsschiffe nicht einwilligen und sich wahrscheinlich die Zustimmung erst durch Jugendsändnisse auf dem Gebiete des österreichisch-ungarischen Ausgleiches abtaufen lassen.



Frankreich.

Paris, 4. April. (Deputiertenkammer.) Beauvois (Mediz.) interpellierte über die kürzlich in Algier erfolgte Präventivverhaftung des antirepublikanischen Journalisten Max Régis; Redner erhebt gegen diese Maßnahme Widerspruch, da sie eine Verletzung der persönlichen Freiheit darstelle. Samard und Chéris schließen sich seinen Ausführungen an. Der Justizminister rechtfertigt die Verhaftung damit, daß Régis die jüngsten Unruhen in Algier angezettelt habe und daß die dortigen Behörden dessen Zubastnahme als unerlässlich zur Aufrechterhaltung der Ordnung erklärten. Ministerpräsident Méline verlangt die einfache Tagesordnung, die mit 308 gegen 170 Stimmen angenommen wird.

Paris, 4. April. Der Senat hat das Budget genehmigt, jedoch zahlreiche Abänderungen an demselben angebracht, die die nochmalige Vorlage an die Deputiertenkammer nötig machen werden.

Paris, 5. April. Es wird mehrfach bestätigt, daß der Kriegsminister und der Militärgouverneur von Paris, General Jaurès, die Einberufung des Kriegesgerichts auf Donnerstag festgesetzt haben. Das Echo de Paris erklärt die Meldung für unbegründet, daß die von Sola angegriffenen Offiziere beabsichtigen, noch einzeln gegen Sola Prozesse anzustrengen.

England.

London, 4. April. Am Montag wurden wieder einige Anfragen bezüglich der Vorgänge in China gestellt. Balfour verweist in der Hauptsache auf die für Dienstag von der Regierung beabsichtigten Erklärungen über die auswärtige Politik. Bemerkenswert war nur die Auslassung von Lord Curzon, daß die Nichterwähnung von Port Arthur in der russischen Note vom 28. März ohne Bedeutung sei, daß vielmehr Graf Murawjew erklärt habe, er halte an den Versicherungen vom 16. März fest, in denen die Offenhaltung auch Port Arthur zugesagt worden war.

Norwegen.

Ein Initiativantrag, gar nicht nach dem Geschmacke des Grafen Solodowky, liegt dem norwegischen Storting vor, in dem bekanntlich die Sozialdemokratie noch nicht ihren Einzug gehalten hat. Der Antrag bezweckt, dem Vereinsrechte der Arbeiter einen weitgehenden Schutz einzuräumen. Es soll nämlich derjenige Unternehmer, Geschäftsführer, Werkmeister bestraft werden, der durch Arbeitsentlassung oder Drohung mit Derselben, oder Verlust an Arbeitsverdienst, oder durch lügenhafte Vorspiegelungen ökonomischer Art versucht, in die Teilnahme seiner Arbeiter oder Angestellten außerhalb der Arbeitszeit an sachlichen oder politischen Veedem einzugreifen. Weiter wird auch der Arbeitgeber bestraft, der durch Bestimmungen in Arbeitsverträgen oder Arbeitsordnungen die bei ihm Beschäftigten in ähnlicher Weise zu beeinflussen sucht.

Der Gesamtwert der schwedischen Holzexporte im Jahre 1897 beträgt 188 Millionen Kronen oder den halben Wert der gesamten schwedischen Waarenausfuhr.

Italien.

Crispi's Memoiren. Man wußte bisher nicht, daß Crispi an seinen Memoiren arbeite. Nun wird man durch die Nachricht überrascht, daß diese fast druckfertig sind und im Monate Juli bereits dem englischen Verleger, der sie erworben hat, übergeben werden sollen. Sie werden nicht weniger als neun Bände umfassen, deren erster den Gegensatz zwischen Mazzini und Covour behandelt soll. Der zweite wird die Einheitsidee und die Autonomiebestrebungen Siziliens, der dritte die atemmäßige Geschichte der Vorbereitungen für den Zug der „Tausend“, der vierte die Kämpfe von 1860 und die Tätigkeit der provisorischen Regierung Siziliens schildern. Die fünf weiteren Bände werden den Ereignissen von 1860 bis in die jüngste Zeit gewidmet sein und einer davon ausführlich die Tätigkeit Crispi's für den Dreieinig ausmalden.

Für Beweishäufung der von Crispi so hochgeschätzten eigenen Person wird dieses Werk eine ebenso reichliche Fundgrube sein, wie es die Erforschung der historischen Wahrheit eher erschweren als erleichtern wird.

Spanien.

Ueber die militärische Situation auf Kuba hat der Senator Proctor auf Grund langdauernder genauer Beobachtung am Ort und Stelle einen ausführlichen und sachlichen Bericht im Senate der Vereinigten Staaten vorgelesen. Nach als die Thatsache hatte der Telegraph nicht gemeldet. Amerikanischen Zeitungen entnehmen wir nachträglich noch die folgenden Einzelheiten:

Die zwei östlichen Provinzen sind tatsächlich vollständig in Händen der Insurgenten, mit Ausnahme einiger befestigter Städte. Diese beiden großen Provinzen werden als „Cuba Libre“ (reies Kuba) bezeichnet. Havana, die große Hauptstadt der Insel, gilt in den Augen der Spanier und vieler Kubaner als „ganz Kuba“, gerade so wie Paris Frankreich ist. Alles scheint in Havana so wie gewöhnlich zu früherer Zeit zu sein. Ruhe herrscht in der Stadt, nur sieht man häufig Militär- und Polizei-Patrouillen durch die Straßen der Stadt marschieren und in allen öffentlichen Plätzen ist Militär und Polizei anwesend, sonst sieht man keine Zeichen eines Krieges. Außerhalb Havana ist alles anders. Dort herrscht weder Frieden noch Krieg. Jede Stadt und jedes Dorf ist von einer „Trocha“, von Wällen und Laufgräben umgeben, die stark von Soldaten besetzt sind zum Schutze gegen die Insurgenten und um die Konzentration innerhalb der Dörfer zu halten. Ueberall sieht man außerhalb Havana's Jammer und Elend und Hungernöth.

200 000 Menschen sollen in sechs Monaten dem Elend erlegen sein.

Rußland.

Ueber das Vordringen des ausländischen Kapitals in Rußland erhält die „Post“ die folgenden interessanten Mitteilungen aus Petersburg:

Der Prozeß der Internationalisierung der größeren industriellen Unternehmungen in Rußland schreitet rasch vorwärts. Begonnen hat dieser Entwicklungsgang schon seit geraumen Jahren, gleichzeitig mit der Einführung der sehr hohen Importzölle, die sofort das Entstehen einer großen Anzahl von Ausländern angelegter Fabriken in sämtlichen westlichen Grenzgebieten des Reiches und den Uebergang vieler bereits bestehenden Betriebe in den Besitz ausländischer Kapitalisten zur Folge hatte. Dieser Periode gehört auch das Wachstum der Fabrikstadt Lody an, eines der Hauptzentren der jüngsten Industrie Rußlands, und die Errichtung außerordentlich zahlreicher gewerblicher Establishments der verschiedensten Art in allen Theilen Polens. Später hat das ausländische Kapital sich dann noch des allergrößten Theiles der Kohlen- und Eisen-Industrie Sibiriens, der Petroleumwerke von Baku und Grosnoje und zahlreicher sonstiger Betriebe in allen Theilen des Reiches bemächtigt und auch bereits Fuh zu fassen begonnen in der Gold-Industrie Sibiriens. Vorzugsweise belgisches, französisches und englisches Kapital hat solchergestalt während der letzten Zeit in ungeheuren Beträgen in Rußland werbende Anlagen aufgesucht und gefunden, und fast täglich melden die russischen Zeitungen neue Verkäufe großer russischer Establishments an Ausländer. So geht jetzt wieder das Steinkohlen-Bergwerk P. A. Karpow im Donezgebiete um den Preis von 2 500 000 Rubel in den Besitz einer englischen Kompagnie über. In Udo Gebirge hat sich ferner in Bräsel eine neue Gesellschaft gebildet unter dem Namen „Charbonnages de Kowostki (Donez)“ zum Ankauf der im Gebiete des donischen Kohlenbeckes belegenen Kohlenlager der Gube, Kowostki. Diese Gesellschaft, der auch einige russische Kapitalisten angehören, verfügt über ein Grundkapital von 8 Millionen Franks.

Gegen diese Internationalität hat das Organ des Freiherren v. Stumm, das doch die Internationalität der Arbeiter sonst mit „alle n“ Mitteln bekämpft, nichts, rein garnichts einzuwenden.

Miner, 4. April. Heute wurde das Urtheil gefällt in dem seit dem 30. v. M. verhandelten Prozeß gegen eine Anzahl hier an-

fässiger Juden wegen gemeinsamer Gewaltthätigkeiten, begangen gegen Militär- und andere Personen christlichen Glaubens. Das Urtheil befand, es liege keine Verthätigung des Hasses gegen Christen bezw. Militär vor, und sprach 9 Angeklagte gänzlich frei und verurtheilte 5 wegen Widerstandes gegen Militärpatrouillen zu zweijähriger Gefängnißhaft.

Türkei.

Zur Kretafrage wird der „Intern. Korresp.“ aus Kanea vom 3. April gemeldet:

Dem türkischen Generalgouverneur Dschevad Pascha ging aus Konstantinopel vom Palastsekretär Zümele Bey eine längere Drohmeldung zu, welche in sehr schroffem Tone die von gewissen Fremden“ aufgestreute Behauptung, Prinz Georg von Griechenland solle zum Gouverneur der Insel ernannt werden, als völlig unbegründet erklärt. Ein derartiger Vorschlag sei allerdings von ausländischer Seite gemacht worden; aber der Sultan habe denselben als durchaus unvereinbar mit seinen Hoheitsrechten zurückgewiesen. Dschevad Pascha möge daher der muslimännischen Bevölkerung Kreta's bekannt geben, daß weder die kaiserlich-ottomanischen Truppen von der Insel zurückgezogen würden, noch jemals ein griechischer Prinz vom Sultan als Gouverneur zugelassen würde. Infolge dieser Mittheilung ließ Dschevad Pascha in Deraklion eine gleichlautende Bekanntmachung öffentlich anschlagen; der Versuch, die gleiche Veröffentlichung auch in Kanea vorzunehmen, wurde jedoch von den Admiralen verhindert, welche über die ganze Kundgebung im höchsten Maße erbittert sind.

Ostien.

Zwischen Japan und Korea soll, wie die „Petersburger Wiedemann“ und die „Nowoje Wremja“ aus Chabarowsk melden, ein Konflikt ausgebrochen sein. Durch den zwischen Korea und Japan im August 1894 abgeschlossenen Vertrag wurde den Japanern das Recht zum Bau einer Eisenbahn von Seoul nach Fusan eingeräumt. Nimmere hat der Kaiser von Korea ein Gesetz sanktionirt, wonach Ausländern keine wie immer gearteten Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen in Korea erteilt werden dürfen. Die japanische Regierung hat sich an den koreanischen Minister des Aeußeren mit einer Note gewendet, in welcher die sofortige Unterzeichnung der seit einem Jahre bei der Regierung in Seoul liegenden Bedingungen des Eisenbahnbaues Seoul-Fusan gefordert und erklärt wird, die japanische Regierung werde die Annulirung des Vertrages durch nachträgliche Gesetze unter keiner Bedingung zulassen. Die koreanische Regierung weigert sich bisher, der Forderung Japan's stattzugeben.

Amerika.

Die kubanischen Insurgenten haben durch ihre Vertretung in New-York am 17. März die folgende großspürige Proklamation an das amerikanische Volk erlassen:

„In letzter Zeit ist häufig in der Presse seitens abelgesinnter oder schlecht unterrichteter Persönlichkeiten der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Kuba die Autonomie oder etwas dem Ähnliches annehmen würde oder gezwungen werden könnte, eine solche anzunehmen. Dies veranlaßt uns, diesen Punkt klar und scharf darzulegen. Vom Beginn an war unser Wahlspruch: Unabhängigkeit oder Tod, und wir sind jetzt mehr denn je fest entschlossen, unser Bestreben durchzuführen. Auf eine Annahme der Autonomie werden wir uns nie einlassen, wie es denn auch völlig nutzlos ist, überhaupt diese Frage zu berühren. Nach dreijährigem Ringen, in welchem uns Spanien in blutiger, schamloser und grauenerregender Weise bekämpft hat, stehen wir heute stärker und geeinter als je da. Wir bestimmen, was uns zuzutheilen, aber nicht andere. Vertrauensvoll werden wir auch in Zukunft allein unsere idealen Freiheitsbestrebungen und nationale Ehre verfolgen und aufrecht erhalten. Ich kann kaum glauben, daß das amerikanische Volk die in seiner Unabhängigkeitserklärung niedergelegten Grundzüge vergessen hat, noch mich dem Glauben hingeben, daß ein wahrer Amerikaner gefunden werden könne, der uns den Rath geben wird, das Ideal einer republikanischen Regierung für eine Monarchie, selbst in der liberalsten Gestalt, aufzugeben. Auf dem Waffengeweg können wir Kubaner niemals zur Annahme der Autonomie gezwungen werden. Drei Jahre haben wir gekämpft und gerungen, nicht gegen Spanien allein, sondern gegen die ganze Welt. Keine helfende Hand streckte sich uns entgegen, niemand wollte uns gleiche Rechte mit Spanien gewähren. Das Recht für unser Volk, Waffen in den Vereinigten Staaten zu kaufen und sie nach Kuba zu schaffen, ward uns zugestanden, aber obwohl wir dieses in gefühmiger Weise ausführen, mußten wir doch in einem jeden Falle erst eine Blotade brechen, um in Kuba in neue Schwierigkeiten zu geraten. Unsere Schiffe und Ladungen wurden beschlagnahmt und uns erst nach großem Zeitverlust und häufig erst nach einem langwierigen und kostspieligen Gerichtsverfahren wieder zugestellt. Nichts desto weniger haben wir keinen Augenblick gewankt, zu allen Zeiten haben wir die Thatsache dankbar anerkannt, daß die Sympathie des amerikanischen Volkes uns bei allen Handlungen begleitet.“

Es hat sich offen gezeigt, daß Spanien nicht die Macht besitzt, uns die Autonomie aufzuzwingen, und es buhlt jetzt um die Gunst der Vereinigten Staaten, daß diese uns zur Annahme der Autonomie veranlassen. Ich kann es nicht fassen, daß das amerikanische Volk sich jemals dazu hergeben sollte, dieser veräblichsten Monarchie, deren Geschichte mit Blut geschrieben ist, zu einem solchen Vorhaben seinen Beistand zu leihen. Sollte dies doch der Fall sein, so erkläre ich hiermit im Namen des in Waffen stehenden kubanischen Volkes, daß nur die rothe Gewalt allein uns zur Unterwerfung zwingen wird.

Wir, die wir Hunderte und Tausende unserer Rasse, unserer Familien in einem langsamen Hungertode dahinsiechen sehen, wie der unmensliche Führer des blutdürstigen Spaniens es gewollt, wir wollen gegen jedes Anknüpfen, es sei denn völlige Unabhängigkeit, unerschrocken weiter kämpfen, wer immer uns auch entgegensteht. Falls unglücklicherweise amerikanische Bajonnette uns zur Annahme jener verurtheilten Forderung zwingen und zur Seite des elenden Spaniens uns in unserem Ringen um das höchste Gut, die Freiheit, hindern sollten, so werden wir dessen ungeachtet entschlossen, wenn auch traurigen Herzens weiter mit den Waffen unsere Ziele verfolgen.

Die Geschichte mag dann richten, ob der Besiegte nicht ein höheres Freiheitsziel verfolgte als der Sieger.

In diesem Falle werden wir unterliegen, aber kommende Generationen werden von neuem das Freiheitsbanner emporheben — und einst wird Kuba frei sein. Niemals werden wir uns auf einen Waffenstillstand einlassen, es sei denn, daß uns vorher Unabhängigkeit gewährleistet ist, und weiterzukämpfen, wie die Amerikaner unter Jackson während der Schlacht zu New-Orleans, selbst wenn es noch Friedensschluß nötig sein sollte. Die Kubaner können sich nicht der Ueberzeugung hingeben, daß die Vereinigten Staaten jemals Gewalt anwenden werden, um uns unter spanische Herrschaft zu knechten. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, an die Grohmäßigkeit, die Sympathie und den Patriotismus des amerikanischen Volkes zu appelliren, damit es die Gerechtigkeit, Staubbästigkeit und Festigkeit einseht, mit welcher wir unser Ziel, die Freiheit, erstreben. (Wz.) Thomas Giraba Palma.

Charon, Pa., 17. März. (Eine Warnung an Goldsucher.) Charles Jones, Geschäftsführer der diesigen Douglas-Hochfuh, lebte soeben bitter enttäuscht vom Monte-Zurück und erläßt folgende Warnung an Goldsucher und solche, die es werden wollen: „Rein Funken von Wahrheit ist in allen jenen Nachrichten enthalten, welche von gewissenlosen Menschen über die gottverlassene Monte-Zurück ausgestreut werden. Die Land- und Transport-Gesellschaften verklären nur die Lichtseiten jener Gegend, die Schattenseiten, die bei weitem überwiegen, werden von ihnen wohlweislich verschwiegen. Nach Monte wandern, heißt, dem Tode in die offenen Arme laufen, und ein Passiren der Chilkootpässe ist mit einem überlegten Selbstmorde gleichbedeutend. Ein Minerstreifen schätzt man die Zahl der in diesem Jahre den Goldfeldern zueilenden Glücksjäger auf rund 200 000 Köpfe. Kaum einer von 500 wird seine Ausgaben decken, und wie

viele überhaupt nie in ihre Heimath zurückkehren werden, das wird erst die Zukunft lehren. In Duen sterben durchschnittlich 85 täglich und am Lindermensee sogar 160 in derselben Zeit. Alle „Claims“ (Nutzungen, Ansuchen um Beleihung des Bergwerks-Eigentums) sind südlich bis Juneau vergriffen.“

Buenos Aires, 4. April. Es sind Verhandlungen eingeleitet worden zur Aufnahme einer inneren Anleihe von 30 Millionen Pfosten für Rüstungszwecke.

Die Rüstungen Argentiniens dürften mit dem spanisch-amerikanischen Zerwürfniß in Zusammenhang stehen.

Wahlbewegung.

Im ersten Berliner Wahlkreis haben die Konservativen den Obermeister Bernard von der Berliner Bäderinnung „Germania“ zum Kandidaten ausersehen.

Im Wahlkreis der deutschen Fortschrittspartei für den vierten Berliner Wahlkreis stellte sich am Montag der Kandidat der freisinnigen Partei den Mitgliedern vor. Herr Richter sprach dann davon, daß man sich diesmal in Berlin energischer ins Zeug legen wolle. Das wird am Durchfall nichts ändern.

Das Wahlkomitee der Zentrumsparthei hat beschlossen, den auch von den Berliner Katholiken aufgestellten Legationsrath v. Kehler ebenfalls als Kandidaten für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Charlottenburg aufzustellen.

Im Reichstags-Wahlkreis Halle-Saalkreis haben die Konservativen zum größten Schrecken der Konservativen einen eigenen Kandidaten, den Redakteur der „Deutschen Wacht“ Viktor Hugo Welker, proklamirt.

Die Vertrauensmänner des „Bundes der Landwirthe“ im hessischen Wahlkreise Kitzfeld-Lauterbach haben den Gutsbesitzer Friedrich Schade aus Altenburg als Reichstags-Kandidaten aufgestellt.

In Hamm-Soest haben der Bund der Landwirthe und die Konservativen den Gutsbesitzer Sämmermann als Kandidaten nominirt.

In Eibersfeld ist der Mischmasch der bürgerlichen Parteien zu Stande gekommen; nachdem auch die Freikonservativen erklärt haben, für den etwas freisinnig schillenden Herrn Gwerdtbusch zu stimmen, ist glücklich der letzte große Widerstand beseitigt, und die bürgerlichen Parteien glauben nun den Wahlkreis sicher geborgen. Sie werden sich schwer täuschen. Uebrigens scheint Herr Gwerdtbusch ein besonderes Genie für solche Kompromisspolitik zu sein, denn er hat es auch in Göttha fertig gebracht, in gleicher Einmüthigkeit die bürgerlichen Parteien für seine Kandidatur zu interessieren.

Aus Hof wird uns geschrieben: In Pfaff's Kolosseum dahier sprach am Freitag, den 1. April, Genosse Reichstags-Abgeordneter Hebel vor einer riesigen Menschenmenge über die bevorstehende Reichstagswahl. Minutenlang erliefen die Redner für seinen abgewiesenen nahezu zweistündigen Vortrag.

Partei-Nachrichten.

Unserem Genossen Ludwig Schröder bringt die ganze Presse der Partei anlässlich seiner Rückkehr die herzlichsten Willkommenstrübe entgegen.

Wie in Essen, so wurde ihm auch in seinem Wohnort Dortmund von einer nach tausenden zählenden Volksmenge der ehrenvollste Empfang bereitet. Die Polizei hatte die Ovationen auf der Straße vereiteln wollen, es gelang ihr aber nicht. Eine Bergarbeiter-versammlung, wo Schröder sich vorstellen sollte, wurde noch in letzter Stunde verboten, ebenso war eine musikalische Begrüßung, die sangesungene Genossen für eine Zusammenkunft am Abend geplant hatten, untersagt worden. Die Genossen wußten es aber doch einzurichten, daß Schröder sein Ständchen bekam, ohne daß die Polizei etwas dagegen machen konnte; sie sangen ihre Lieder im Vereinszimmer, und draußen sah Schröder und hörte zu.

Schröder ist, wie die Rheinisch-Westfäl. Arb.-Ztg. mittheilt, etwas abgemagert und ergaunt, er fühlt sich aber körperlich wohl und ist ganz der alte geblieben.

Im Austrage unserer Reichstags-Fraktion wurde er vom Abg. Büttgenau begrüßt. Zahlreiche Telegramme aus den verschiedensten Theilen Deutschlands sind in der Wohnung Schröder's eingelaufen.

Möge das Bewußtsein, die wärmsten Sympathien der Klassenbewußten Arbeiterschaft für sich zu haben, ihn die langjährige Pein des Verlasses der politischen Rechte leichter ertragen lassen!

Maifeier. Der Sozialdemokratische Verein in Halle a. S. beauftragte den Vertrauensmann, beim Magistrat um Ueberlassung eines städtischen Platzes zur Maifeier und bei der Polizei um Genehmigung zu einem öffentlichen Aufzuge vorstellig zu werden.

In Zwitschöna bei Zeitz wurde der Parteigenosse Karl Preiß als Vertreter der 3. Klasse in den Gemeinderath gewählt.

In Kassel ist es bei der Stichwahl zum Stadtverordneten-Kollegium leider nicht gelungen, einen Parteigenossen durchzubringen. Von 9932 Wahlberechtigten stimmten nur 2157 ab. Die Gegner erhielten 1196—1262 Stimmen; ein Freisinniger, den auch unsere Genossen mangels genügender Kandidaten aus der Gruppe der Hausbesitzer aufgestellt hatten, bekam 2066 Stimmen. Auf unsere Genossen fielen 572—888 Stimmen.

Tobtenisse der Partei. Eine brave Anhängerin unserer Sache, Frau Nielsen in Leipzig, ist vor einigen Tagen im Alter von 78 Jahren gestorben. Sie stammte aus Dänemark. Nach Trennung ihrer unglücklichen Ehe — sie war mit einem Schiffskapitän verheiratet — ging sie auf Reisen und nahm in Leipzig ihren bleibenden Wohnsitz. Anfangs der 70er Jahre schloß sie sich enger an die Sozialdemokratie an, für die sie im Stillen aufopferungsvoll wirkte. Ehre ihrem Andenken!

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Kongreß der Vertrauensmänner-Zentralkommissionen Deutschlands findet in Zuber's Restaurant, Lindenstr. 106, statt und beginnt am Dienstag, den 12. April, vormittags 9 Uhr. Die Begrüßung der Delegirten ist abends vorher.

Die Vertrauensleute der Bergarbeiter werden aufgefordert, die Listen der Agitationsklasse in Zukunft an den Unterzeichneten abzugeben: Ernst Lange, Lauffer-Platz 16, v. 17.

Deutsches Reich.

Ein Streik ist unter den Arbeitern der Kießgrube D d e r b e r g e Brauk ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen eine Erhöhung des Stundenlohns von 25 auf 30 Pf. Da die Lohndifferenz nicht bewilligt wurde, so ruht die Arbeit in der Kießgrube und die fälligen Kießzüge können nicht abgelassen werden.

Achtung, Rifenmacher! Am 1. April legten in der Rifenfabrik von D. Klewisch, Hamburg, Süderstr. 23, etwa 60 Mann die Arbeit nieder, weil ihnen die neunständige Arbeitszeit und entsprechende Lohnhöhung nicht bewilligt wurde. Die Streikenden, sämtlich organisiert, ersuchen dringend, Zugang fernzuhalten, umsomehr, als von der Fabrikleitung alle erdenklichen Anstrengungen zur Erwerbung von Arbeitskräften gemacht werden.

Der Aufstand der Schneider in Neumünster ist durch einen Vergleich beendet. Den Streikenden wurde ein Lohnzuschlag von 6 pCt. zugestimmt.

In Biesberger Bergwerkbetrieb befinden sich nunmehr 923 Arbeiter im Aufstand. Die bekannt, hatte die Bergwerks-Direktion 333 Bergleuten gekündigt, weil diese am katholischen Feiertag Maria-Verkündigung gefeiert hatten. Die übrigen Arbeiter haben sich mit den entlassenen solidarisch erklärt.



**Der Streik der Weber und Weberinnen bei der Firma Julius Neugebauer in Langenbielau** ist beendet. Die Streikenden beschloßen in ihrer am Montag Nachmittag abgehaltenen Versammlung, die Arbeit wieder aufzunehmen, nachdem vorher der Fabrikbesitzer ein weiteres Entgegenkommen gezeigt hatte. Während der 14tägigen Dauer des Streiks ist auch nicht ein einziger Streikbrecher zu verzeichnen gewesen; dem und der thätkräftigen Unterstützung mehrerer Gewerkschaften Deutschlands ist es zu danken, daß der Streik mit einem vollen Erfolge der Ausständigen endigte. Erzielt ist eine 16-18prozentige Lohnerhöhung und die Befestigung einer Anzahl Mißstände. Am Dienstag Morgen wurde die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen. Abregelungen fanden keine statt.

**Der Streik auf der Grube „Rene Helene“** bei Beuthen dauert einwöchentlich fort, die Verwaltung verhält sich schroff ablehnend. Die Streikenden verhalten sich müßerhaft ruhig, so daß gewisse Leute, die Freunde an Krawallen haben, in ihren Hoffnungen sich getäuscht sehen. Unter den Ausständigen befinden sich 200 Frauen und Mädchen.

**In Gleiwitz** ist in der Leppich'schen Bau- und Möbelfabrik ein Streik ausgebrochen. Auch hier handelt es sich um eine von den Arbeitern geforderte Verkürzung der Arbeitszeit, bis jetzt herrscht die 13tägige Brutto-Arbeitszeit.

**In Eisenach** haben die Mäler in einer Versammlung beschloßen, die Arbeit einzustellen, da die Antwort der Meister auf die Lohnforderung der Arbeiter als ungenügend betrachtet wird. Die Zimmerer werden am 7. April die Arbeit einstellen, weil auch ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit verweigert wurde.

### Ausland.

**Der Bergarbeiter-Ausstand von Wales** macht sich bereits in der dortigen Industrie bemerkbar. Sechs Werke der Downais-Stahlwerke liegen bereits still und eine Anzahl von Hochöfen wurden gelöscht.

## Soziales.

**Krankenkassenwesen.** Der Bauhandwerker-Krankenkasse (G. S.) und der Kranken- und Begräbniskasse der chirurgischen Instrumentenmacher, Bandagisten und Berufsgenossen (G. S.) in Berlin ist vom preussischen Handelsministerium die Bescheinigung erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügen.

**Vom Bergbau.** Aus Westfalen wird gemeldet: Am 9. April findet auf Veranlassung des Bergbauvereins in Essen eine Versammlung von Zehendirektoren statt, wo der Generaldirektor der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia, Berggrath Behrens, über die Erfahrungen berichtet, die man aus den gefährlichen Zechen „Hibernia“ und „Schamrock“ mit der Kohlenflaub-Verfälschung gemacht hat. Verlesungsanlagen, wie sie Hibernia bereits besitzt, sollen auf fast allen Zechen des Oberbergamts-Bereichs Dortmund nach und nach geschaffen werden.

In Sachsen sind am 1. April 7 Berginspektionen und 5 Berg-Schiedsgerichte errichtet worden. Die Berginspektionen haben ihre Sitze in den Orten Dresden, Freiberg (2), Zwickau (2), Delitzsch i. G. und Leipzig, die Berg-Schiedsgerichte in Zittau, Freiberg, Zwickau, Delitzsch i. G. und Leipzig.

**Arbeiterrisiko.** Im Germania-Schacht bei Mensewitz ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, der Obersteiger Feineweber durch die Hauer Weise erschlagen.

In Budapest riß auf einem Neubau der Gussfabrikanten Groß u. Weiß das Seil, mit dem ein schwerer Stein hinaufgezogen werden sollte. Der Stein riß im Sturz das Gesicht des dritten Stockwerkes und einen Theil der Frontmauer mit sich. Dabei wurden 7 Arbeiter schwer verletzt und ein Straßenpassant getödtet.

**Kongerte für Volksschüler** werden jetzt in Hamburg vom Verein hamburger Musikfreunde veranstaltet. Die Anregung hat die Lehrervereinigung für künstlerische Erziehung gegeben. Das erste dieser Kongerte fand am Sonntag im Konzerthaus statt; es war von 2 1/2 Tausend Kindern der ersten Klassen besucht. Gespielt wurde u. a. Haydn's G-dur-Symphonie. Der Sächsischen-Verein sang mehrere Lieder. Die Kinder nahmen das Konzert mit großer Freude auf.

**Wahlmündensicht im Gadauskalibetriebe.** Die Stadtverordneten-Versammlung von Zürich in der Schweiz (der Große Stadtrat) faßte einen Beschluß, worin der Magistrat ersucht wird, die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit die in ununterbrochenen Betriebe der Gasfabrik beschäftigten Arbeiter in drei, anstatt wie bisher zwei Schichten eingetheilt werden können.

**Die Verschuldung des russischen Grundbesitzes.** Die 1897er Berichte der russischen Anstalten für Kredit auf längere Zeit ergeben ein rapides Wachsthum der Verschuldung des russischen Grundbesitzes. Zu Beginn des Jahres 1897 befanden sich im Umlauf Hypothekenscheine im Gesamtbetrage von 1,748 607 900 Rubeln, zu Beginn des gegenwärtigen Jahres bereits im Betrage von 1908 340 250 Rubeln. Die Verschuldung des Grundbesitzes hat also in einem Jahre um 160 Millionen Rubeln zugenommen. Man schreibt uns hierzu: Die Thatsache, daß der Grundbesitz diesen Kreditanstalten bereits nahezu 2 Milliarden Rubel schuldet, obwohl die russischen Länderbanken auf Aktien erst seit 25 Jahren und die Adelsbank seit 13 Jahren bestehen, — diese Thatsache zeigt, daß die russische Regierung, welche die Adelsbank gegründet hat, um dem grundbesitzenden Adel einen billigeren Kredit zu gewähren, als der, welcher ihnen in den Länderbanken auf Aktien zu theil wird, durch diese Erleichterung des Kredites zur Beschleunigung des Ruines des grundbesitzenden Adels beiträgt.

## Geriichts-Beilage.

**Übermals eine Schuhmännerdrohheit.** Aus Aachen wird berichtet: Wegen Mißhandlung im Amte hatte sich am Freitag vor der hiesigen Strafkammer der hiesige Kriminal-Schuhmann Wegener zu verantworten. Er hat am 3. November vorigen Jahres den Hüttenarbeiter Röß, der auf dem Aachener Hüttenarbeiterverein „Nothe Erde“ beschäftigt war, dadurch körperlich schwer mißhandelt, daß er ihn mit einem schweren Stock auf den Kopf schlug, weil er sich weigerte, in der dünnen Bekleidung, worin er an einem Puddelofen arbeitete, mit Wegener den Weg nach Aachen zur Polizeidirektion zu Fuß zurückzulegen. In diesem Tage war es kalt, die Kleidung des Röß bestand aber, da er von der Arbeit weggeholt wurde, nur in einer blauen Leinwand Arbeitshose und einem sogenannten Feuerzittelschen, ebenfalls aus blauem Leinen angefertigt. Beim Gehen verschob sich das Mittelschen derart, daß der nackte Leib des Röß oberhalb der Hose sichtbar wurde. Selbst die Bitte eines Abtheilungs-Vorsetzers des Hüttenwerkes, dem Röß zu erlauben, sich umzukleiden, schlug Wegener ab, und als Röß darauf im Hinblick auf die Kälte und die unvollkommene Kleidung sagte, er könne so unmöglich nach Aachen und durch die Stadt gehen, erhielt er den ihm bedauernden Schlag auf den Kopf; außerdem fesselte ihn Wegener. Der Transport des Röß in der unvollständigen Kleidung erregte solchen Aufsehen, daß die ihm begehrenden Personen glaubten, er habe ein schweres Verbrechen begangen. Erst aus der Polizeidirektion vernahm Röß den Grund seiner Verhaftung; er sollte nämlich während seiner in Köln verbrachten Militärdienstzeit eine goldene Uhr gestohlen haben. Röß erklärte fogleich, daß das ein Irrthum sei, da er in Köln überhaupt nicht gedient habe, und sagte weiter, daß eine Verwechslung seiner Person mit derjenigen seines Bruders vorliegen müsse. Man brachte ihn trotz des Widerspruchs gegen seine Verhaftung in eine kalte Zelle, aus der er gegen Abend entlassen wurde. Die schwere Mißhandlung des Röß erachtete der Staatsanwalt für erwiesen und beantragte 30 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof erschien, nachdem er sich zurückgezogen hatte, noch-

mal in Saale, und der Präsident stellte sodann an Wegener wiederholt die Frage, ob er nicht wegen Mißhandlung im Amte schon vorbestraft sei. Wegener leugnete das entschieden, später mußte er jedoch zugeben, daß er deswegen vor einigen Jahren 50 M. Geldstrafe erhalten habe. Die Strafe, die Wegener wegen Mißhandlung des Röß erhielt, lautete auf nur 100 M. Geldstrafe. Wie es heißt, wird gegen Wegener jetzt auch das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Der des Diebstahls der Uhr angeklagte Bruder des Röß ist von der Anklage des Diebstahls kürzlich freigesprochen worden.

**Wie die bösen Beispiele staatsverhaltender Duellfege** auch in den „niederen“ Bevölkerungsschichten die guten Sitten verderben, beweist eine Verhandlung, die vor der Strafkammer zu Tübingen stattfand. Der verheiratete Maurergeselle Christian Schneider von Sezingen hatte sich, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen zu verantworten. Der Angeklagte hatte mit seinem Schwager Streit gehabt und ließ diesen deshalb eine Forderung auf Säbel oder Pistolen zugehen. Der Schwager, der kein Verhältniß für einen solchen Austrag der Angelegenheit besaß, erstattete Anzeige bei Gericht. Schneider wurde zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Ob der Verurtheilte um seine Begnadigung eintommen will, wird nicht gemeldet.

**Kann man ein garnicht vorhandenes Wesen umbringen?** Ein Mensch von gewöhnlichem Begriffsvermögen wird es überhaupt nicht der Mühe werth halten, diese Frage zu beantworten, der juristische Sachmann des Reichsgerichts bejaht jedoch diese Frage in vollem Ernst. Man wird es begreiflich finden, daß es hier und da in Deutschland auch noch Richter giebt, welche trotz Reichsgerichts die gefesselte Frage eine verneinende Antwort geben. Es kommt hier der vom Reichsgerichte aufgestellte Grundlag in Frage, daß zur Bestrafung der „Dolus“ genügt, wenn es sich um ein verübtes Verbrechen gegen das menschliche Leben handelt und weder das gebrauchte Mittel tauglich war, noch überhaupt ein Objekt vorlag, gegen welches sich die Strafbat richten konnte. So hat am 11. Januar das Landgericht Pilschheim in die Dienstmagd Karoline Pössel von der Anklage des vollendeten und versuchten Verbrechens nach § 218 Strafgesetzbuchs freigesprochen, weil es an dem bemuteten Objekt gefehlt habe. Das von der Angeklagten angewendete Mittel mußte wirkungslos bleiben, weil sie, trotzdem sie vom Gegenheil überzeugt war, sich garnicht in geeigneten Umständen befand. Auf die Revision des Staatsanwalts wurde natürlich das Urtheil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen.

**Dem Schutze der Tugend dient eine Vorschrift** des Berliner Polizeipräsidiums vom 1. März 1887, wonach die Damen der Halb- und kleineren Theater besuchen dürfen. Wegen Vergehens gegen diese Bestimmung erhielt die Prostituirte K. zwei Tage Haft zubißen. Sie hatte sich im Apollo-Theater amüsiert. Nach erfolgloser Verurteilung wandte sie sich das Mädchen mit dem Rechtsmittel der Revision an das Kammergericht und machte unter anderem geltend, sie sei ja nicht im „Berufsinteresse“ im Apollo-Theater gewesen, sondern lediglich zu ihrem Amusement, und das könne doch keinem Menschen verwehrt werden. Im übrigen verfolgte die Direktion des Apollo-Theaters mit ihren Darbietungen auch kein höheres Interesse der Kunst, das Institut könne deshalb trotz seines Namens nicht als Theater im gewöhnlichen Sinne des Wortes gelten und das Verbot der Polizei sei demnach nicht darauf erstreckt. Der Senat wies aber die Revision mit der Begründung zurück, daß die Angeklagte nach der durchaus zulässigen Polizeivorschrift vom 1. März 1887 auch das Apollo-Theater, wie jedes andere, auf keinen Fall hätte betreten dürfen.

**Die Frage, wann ein Mensch sinnlos betrunken ist,** ist sehr schwer zu entscheiden, wie eine gestern gegen den cand. jur. Arthur Rauth verhandelte Anklage wegen Rädigung, Beleidigung und Widerstandes zeigt. Der Angeklagte hatte am 15. Dezember, zur Feier des Tages, an welchem er seine schriftliche Referendar-Arbeit abgegeben, nach lange geübter Enthaltensamkeit eine Bierreise angetreten, die nachmittags um 5 Uhr begann und morgens gegen 4 Uhr endete. Um diese Zeit etwa wurde er von einem Schuhmann beobachtet, wie er auf der Weidenammer Brücke mit einer Dirne allerlei Unfug trieb. Der Beamte unterlagte dies und wies das Mädchen überhaupt aus der Friedrichstraße weg und als seiner Anordnung nicht Folge geleistet wurde, schritt er zur Sittung des Mädchens. Der Angeklagte wurde darüber höchst aufgebracht, er erklärte das Mädchen für seine „Braut“, fuhr den Schuhmann grob an, wobei er sich der Anekdote „Du“ bediente, und verlangte energisch die Freigabe des Mädchens unter der Androhung, daß es dem Beamten sonst schlecht gehen würde. Er brüllte sich gleichzeitig damit, daß er „Jurist“ sei und es dem Schuhmann schon besorgen werde, denn er sei Korpspräsident gewesen und der Polizeipräsident v. Vinb ein sei sein Korpsbruder. Der Beamte ließ sich nicht stören, als ihn aber der Angeklagte fortgesetzt mit Bedensarten verfolgte und in seiner Nähe mit dem Stock herumfuchtelte, zog der Schuhmann sein Seitengewehr, nahm dem Angeklagten seinen Stock weg und führte auch ihn mit zur Wache. Er hatte dabei wiederholt den entschiedenen Widerstand des Angeklagten zu überwinden. Da der Angeklagte auf der Wache sich sofort mit seinem Jagdschein legitimirte, die Schußwunde auch bemerkt hatten, daß er ganz gerade ging und ohne Stütze die Treppe hinabgehen konnte, so hielt das Schöffengericht eine sinnlose Trunkenheit nicht für erwiesen und verurtheilte den Angeklagten wegen Rädigung eines Beamten (§ 114 St.-G.-B.) zu einem Tage Geldstrafe, wegen der übrigen Strafbaten zu 100 Mark Geldstrafe. Zur gestrigen Verhandlung vor der 9. Strafkammer hatte Rechtsanwalt Dr. Sauer sowohl die Wirthin des Angeklagten als auch den Weidmännerrath Dr. Long geladen, letzteren als Sachverständigen. Die Wirthin beauftragte, daß ihr Wirth an jenem Morgen gegen 5 Uhr in total betrunkenem Zustande nach Hause gekommen sei, so daß er erst bei verschiedenen Hausbewohnern fälschlich geflingelt habe, dann sein Zimmer nicht habe finden können und von ihr habe zu Bett gebracht werden müssen. Sie habe ihm auch kalte Umschläge um den Kopf gemacht. Dr. Long bezeugte unter Berücksichtigung der Körperkonstitution des Angeklagten und der Menge Alkoholika, die dieser getrunken, daß er sich mit höchster Wahrscheinlichkeit in unzurechnungsfähigem Zustande befunden. Der Gerichtshof folgte diesem Gutachten nicht, hielt vielmehr die Belandung der Schußwunde für maßgebend, welche behaupteten, daß der Angeklagte „angekrunken“ gewesen sei. Eine Rädigung im Sinne des § 114 erachtete der Gerichtshof nicht für vorliegend, brachte daher die Gefängnißstrafe in Wegfall und befähigte im übrigen das erste Urtheil.

**Das ganze Amtsgericht von Liebenwalde** — Amtsrichter, Assessor, Referendar, Gerichtsschreiber, die Gerichtsdienner und schließlich auch der Gardist des Ortes, waren heute vor die erste Strafkammer am Landgericht II geladen, um Zeugniß abzugeben wider einen Angeklagten, der sich schließlich als ein — Ungläublicher erwies. Der Maurer Wilhelm Räder in Berlin ist vor etwa sechs Jahren dadurch verunglückt, daß ihm beim Dombau, bei welchem er als tüchtiger Arbeiter beschäftigt war, ein Stein auf den Kopf fiel. Seit jener Zeit ist er arbeitsunfähig, er leidet an hysterisch-epileptischen Krämpfen und erhält Invalidentpension. Am 21. Oktober v. J. hatte Räder beim Amtsgericht Liebenwalde einen Termin in Erbschaftssachen wahrzunehmen. Die Verhandlung entwickelte sich nicht nach seinem Besten, er wurde ausfällig und beleidigend gegen den Richter, worauf er hinausgewiesen wurde! Bald darauf ließ ihn der Richter wieder aufordern, in den Sitzungssaal zurückzukehren, um eine sofort zu vollstreckende Angehörtsstrafe über ihn zu verhängen. Räder weigerte sich aber, zurückzukehren und setzte dem Versuche, ihn gewaltsam in den Sitzungssaal zu bringen, solchen Widerstand entgegen, daß ihn das ganze Gerichtspersonal von oben bis unten herab nicht zu überwinden vermochte. Später hat seine Frau auf Betreiben des Gatten eine Beschwerde an den Justizminister gerichtet, mit der Angabe, er sei auf dem Liebenwalder Amtsgericht schwer mißhandelt

worden. Räder wurde daher wegen Beleidigung, Widerstandes und Anstiftung zur wissenschaftlich falschen Denunziation, seine Frau dagegen wegen wissenschaftlich falscher Denunziation angeklagt. Räder hatte schon auf dem Korridor einen schweren Krampfanfall durchgemacht, und als er in den Sitzungssaal kam, fiel er alsbald wieder in Krämpfe. Drei Krämpfe beendeten, daß der Angeklagte Räder an hysterisch-epileptischen Krämpfen leide, die eine Folge seiner früheren Verunglückung seien, der Assistent der Dr. Wendel'schen Klinik sowohl, als wie der Ortskrankenhaus-Arzt der Mauererkasse und auch Dr. Fennrich in Liebenwalde, vor dessen Augen Räder wenige Minuten nach dem Erzeß in schwere Krämpfe verfiel. Die Krämpfe stellten die Verhandlungsfähigkeit in Frage und so beschloß der Gerichtshof im Einverständnis mit dem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, die Sache zu verlagern und den Dr. Wittgenzweig als Psychiatrarzt zuzuziehen.

**Unter der Anklage, eine wissenschaftlich falsche eidesstattliche Versicherung** abgegeben zu haben, stand gestern der Buchhalter Heinrich Koch vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. In dem Hause Friedrichstraße 133a, welches dem Rentner Eckardt gehört, befindet sich eine Restauration, welche nach Ansicht Eckardt's am 1. April 1886 wegen Ablauf der Pachtzeit in andere Hände übergeben sollte. Als Verwalter trat der Restaurateur Langguth auf, welcher durch einen Vermittler mit Eckardt in Verbindung trat. Es kam auch zu Verhandlungen, welche sich dem Abschlusse näherten. Da stellte sich heraus, daß die damalige Inhaberin der Restauration noch nicht nützlich hatte, zu der angegebenen Zeit zu ziehen, worauf Eckardt die Abmachungen mit Langguth für null und nichtig erklärte. Der letztere war hiermit nicht einverstanden, er hatte für die Neueinrichtung des Lokals bereits bedeutende Anschaffungen gemacht und wurde gegen Eckardt wegen Schadenersatz in Höhe von 5925 M. klagbar. Der Vertreter des Beklagten erhob den Einwand, daß die zwischen diesem und dem Kläger getroffenen Abmachungen deshalb der Rechtsgiltigkeit entberben, weil Eckardt blind sei und die in solchem Falle vorgeschriebenen gesetzlichen Bedingungen nicht erfüllt seien. Der Angeklagte, der auf Seiten des Klägers stand, übergab dessen Vertreter eine eidesstattliche schriftliche Erklärung, daß er gehört habe, Eckardt stehe wegen Verkauf seines Hauses in Unterhandlung und wolle dann nach Kopenhagen ziehen. Auf Grund dieser Erklärung beantragte dann der Kläger, gegen den Beklagten einen schleunigen Arrest auszubringen. Dieser Antrag erfuhr Ablehnung, weil die Klage selbst zurückgewiesen wurde mit der Begründung, daß bei den Abmachungen mit dem erblindeten Beklagten nicht die rechtverbindliche Form gewählt worden sei. Einige Zeit darauf reichte der klägerische Anwalt eine neue eidesstattliche Erklärung des Angeklagten Koch bei Gericht ein. Es wurde hierin behauptet, daß Eckardt keineswegs völlig erblindet sei, der Angeklagte habe selbst eine Miethaufstellung mit ihm gemacht und Eckardt habe dabei nicht nur Zahlen lesen, sondern auch schreiben können. Der Angeklagte habe ferner gesehen, daß Eckardt vor kurzem ohne Begleitung die Pferdebahn benutz habe und ohne Hilfe auf- und abgestiegen sei. Diese Angaben soll der Angeklagte wider besseres Wissen gemacht haben. Er bestritt dies im Termine und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Werthauer, behauptete, daß Eckardt nur an der sogenannten „zentralen“ Blindheit leide, wodurch er wohl in den Stand gesetzt sei, große Buchstaben zu lesen und zu schreiben. Da der als Zeuge vernommene Eckardt dies bestritt, so erklärte der Staatsanwalt, daß er die Anklage fallen lassen müsse, da dem Beschuldigten nicht nachgewiesen werden könne, daß seine Angaben wahrheitswidrig seien. Der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Urtheil.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Die Trauerfeier für Eleanor Mary Abeling,** so wird uns heute Abend aus London telegraphirt, verlief in ergreifender Weise. Ueberaus zahlreich waren die Sozialisten aller Richtungen und Länder erschienen. Dieser Schmerz erfüllte die Gemüther aller in Erinnerung an die für immer verlorenen herrliche Streiterin, die unermüdet im Gedächtniß der Sozialisten aller Länder fortbauern wird. —

**Paris, 5. April. (W. L. S.)** Die der „Temp“ aus Rom meldet, telegraphirte der apostolische Legat Mgr. Marini, Mac Kinley habe geäußert, weder er noch sonst jemand hätte die Macht, den schlechten Einbruch zu verhindern, welchen die Intervention des Papstes auf das der Majorität nach protestantische amerikanische Volk hervorgerufen habe. Mac Kinley habe hinzugefügt, er werde alles thun, um den Krieg zu vermeiden, aber er könne nicht gegen die Stimmung des Volkes vorgehen, welches die Unabhängigkeit Kubas wolle, damit endlich die dort drei Jahre andauernden Greuel aufhören.

**London, 5. April. (W. L. S. Vorläufige Meldung.)** Unterhauss. Der Erste Lord des Schachtes Balfour berichtete vor stark besetztem Hause in längerer Rede über die chinesische Frage. Er gab einen Ueberblick über die bisher erreichten Konzeptionen und fuhr dann fort, als die britische Regierung von den Verhandlungen Russlands bezüglich der Erweiterung von Port Arthur hörte, habe sie Ausland vorgeschlagen, von der Bestätigung von Port Arthur abzusehen, während England seinerseits sich verpflichtete, von keinem Hafen im Golf von Petchili Besitz zu ergriffen. Ausland habe den Vorschlag abgelehnt, worauf es benachrichtigt worden sei, daß England für sich die Freiheit beanspruche, die zum Schutze der englischen Interessen notwendig erscheinenden Schritte zu thun. England habe Beibehaltung zu denselben Bedingungen erhalten, wie Russland Port Arthur. Die Lage von Weidau im Golf von Petchili sei eine derartige, daß sie der Bestätigung von Port Arthur das Gleichgewicht bieten dürfe. Durch die Bestätigung von Weidau habe England verhindert, daß der Golf von Petchili in maritimer Hinsicht in die Gewalt einer einzelnen Macht gekommen sei. England habe das Verstehen, so lange Zeit, wie es nur möglich sei, die Integrität China's zu wahren. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Zukunft ungewöhnliche Uebererassungen in Vorrath habe. Die Machtverhältnisse im fernem Osten dürften sich verschärfen, wenn die Integrität China's verlehrt werde. Wenn dieser Fall eintrete, zu welcher Zeit es auch sein möge, wenn die Großmacht einmal es in ihrem Interesse liegend finden, dann wäre es ein Akt der Politik, zu sagen, China soll nicht in die Hand einer einzelnen Macht fallen, ein Akt der Politik, sich in ein schwächeres, kostspieliges Unternehmen einzulassen, um eine unübersehbare Gefahr abzuwenden und aus der Welt zu schaffen. (Großer Beifall.) Die Regierung bitte das Land, ihrer Politik mit dem größten Vertrauen beizutreten, denn sie wisse, daß diese ihre Politik die Sympathie jeder großen Handelsgemeinschaft der Welt habe. (Beifall.)

**Saragossa, 5. April. (W. L. S.)** Ein Eisenbahnzug ist zwischen Saragossa und Biz gegen Unglück und in den Erdbeben zerstört. Viele Personen sind verletzt worden. Einzelheiten fehlen noch.

**Washington, 5. April. (Meldung des Reuter'schen Bureau's.)** Die Mitglieder des Repräsentantenhauses sind heute davon benachrichtigt worden, daß Schiffe nach Havana entsandt sind, um den amerikanischen Konsul Lee und die übrigen Konsulatsbeamten an Bord zu nehmen. Als Amerikaner wünschen Kubas zu verlassen. Lee telegraphirte aus Havana, daß es ihm im Falle der Kriegserklärung unmöglich sei, die amerikanischen Staatsangehörigen vor Sonntag von Kuba zu befreien.

**Yokohama, 5. April. (Meldung des Reuter'schen Bureau's.)** Ein großer Theil der Presse und des Publikums bringt in das Kabinett, die aktive Politik angeht, der gegenwärtigen Lage in Ostasien einschlagend. Die britische Aktion betreffend Weidau rief Sensation hervor.



Unserm neuesten Kurs.

- März.
- 1. Stettin. Genosse Knäuper. Berlin wegen Beleidigung eines Polizeibeamten 60 M. Geldstrafe.
- Leipzig. Wegen Beleidigung eines gräflichen Wechselsäcklers Genosse Lipinski 50 M. Geldstrafe.
- 2. Altona. 1 Woche Gefängnis Genosse Stengel. Hamburg wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
- 3. Magdeburg. 30, 20 und 5 M. Geldstrafe die Genossen Harbaum, Wetjke und Bösch wegen Verstoßes gegen das Pressgesetz.
- 4. Dresden. Die Köpfer Gleisberg, Kirken und Wiese wegen Bedrohung von Streikbrechern je fünf Monate Gefängnis.
- 5. Frankfurt. Genosse Jappan sechs Wochen Gefängnis wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
- 6. Freiberg (Sachsen). Wegen Beleidigung eines Fabrikanten Genosse Sassenbach. Berlin 200 M. Geldstrafe.
- 7. Kiel. 100 M. Geldstrafe Genosse Sätzens wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten. Antrag drei Monate Gefängnisstrafe.
- 8. Berlin. Der Steinträger Ganglin wegen Mithigung 2 Monate Gefängnis.
- 9. Halle a. S. Dr. Bölle 150 M. Geldstrafe wegen Beamtenbeleidigung.
- 10. Altona. In der Berufungsinstanz ein Plassava Arbeiter aus Wandstedt 2 Monate Gefängnis wegen Beleidigung von Streikbrechern.
- 11. Göttingen. 2 Monate Gefängnis Genosse Joos wegen Beleidigung eines Schuldirektors.
- 12. Stuttgart. Wegen Beleidigung eines Fabrikanten Genosse Reil 20 M. Geldstrafe.
- 13. Berlin. Der Maurer Thämen wegen Mithigung drei Monate Gefängnis.
- 14. Hamburg. 50 und 200 M. Geldstrafe die Genossen Wabersky und Krause wegen Beleidigung eines Polizeibeamten. Antrag: 1 und 3 Monate Gefängnis.
- 15. Kiel. Genosse Sätzens 25 M. Geldstrafe wegen Beleidigung des Professorschreibers Lorenzen.
- 16. Magdeburg. Wegen Beleidigung eines Landraths Genosse Baumüller 20 M. Geldstrafe. Die gleiche Strafe erhielt Genosse Harbaum wegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung.
- 17. Hamburg. Zwei Hasenarbeiter zu 20 M. Geldstrafe resp. 6 Wochen Gefängnis wegen Beleidigung von Streikbrechern.
- 18. Erfurt. Genosse Schulz wegen Majestätsbeleidigung zwei Monate Gefängnis.
- 19. Berlin. Die Maurer Gade, Scharfe und Vogt drei resp. sechs Monate bzw. ein Jahr Gefängnis wegen Bedrohung und Mißhandlung von Streikbrechern.
- 20. Hof. Der Glaserarbeiter Hasemann wegen Handfriedensbruch 14 Tage Gefängnis und wegen unbesugten Feierns 3 Tage Haft. — Genosse Stücken wegen Beleidigung eines Kohlenlieferanten 25 M. Geldstrafe.
- 21. Torgau. 50 bzw. 15 M. Geldstrafe Genosse Kieckisch und ein Wirth in Domnitz wegen Verstoßes gegen das Pressgesetz.
- 22. Magdeburg. Genosse Müller wegen Richterbeleidigung 150 M. Geldstrafe. — In der Revisionsinstanz Genosse Baumüller wegen Beleidigung des Magistrats 8 Monate Gefängnis. — Gleiche Strafe Genosse Göde aus Groß-Ditterleben wegen Majestätsbeleidigung.
- 23. Burgstädt. Rammacher König in Laura wegen Verstoßes gegen Anstaltsordnung 9 M. Geldstrafe.
- 24. Hamburg. Ein Ewerfahrer wegen Mißhandlung eines Streikbrechers 6 Wochen Gefängnis.
- 25. Halle a. S. Der Schlosser Freudenthal und der Dreher Wagner 8 Wochen bzw. 1 Monat Gefängnis wegen Bedrohung von Streikbrechern.
- 26. Magdeburg. Wegen unerlaubten Sammelns Genosse Bernstein 20 M. und neun andere Genossen je 5 M. Geldstrafe.
- 27. Falkenstein i. W. Genosse Künzler wegen Vergehens gegen das Pressgesetz zu 4 Wochen Gefängnis und 10 M. Geldstrafe. Ingesamt wurde erklant auf 5 Jahre 2 Wochen und 3 Tage Gefängnis und 1194 M. Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Lokales.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis unternimmt am Charfreitag eine Fußpartie. Abfahrt früh 7 1/2 Uhr vom Bahnhofsplatz nach Grünau, Treffpunkt im Lokal des Genossen Lindenbagen. Von Grünau am Wendenschloß vorüber nach den Müggelbergen. Rückzugler werden um 2 Uhr im „Seeschloßchen“ in Friedrichshagen erwartet. Mächtige Beteiligung steht entgegen der Erwartung.

Von Parteigenossen des vierten Wahlkreises (Südosten) wird am ersten Oftertage, mittags 12 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstraße 4a, eine Matinee der Hamburger Sänger veranstaltet. Das reichhaltige Programm und der mäßige Eintrittspreis von 30 Pf. lassen einen zahlreichen Besuch erwarten.

Fünfter Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Charfreitag eine Fußpartie stattfindet. Abfahrt vom Schlesischen Bahnhof früh 8 Uhr nach Karlshorst; von da nach Sadowa, Pferdebusch und Friedrichshagen. Zahlreiche Beteiligung erwarten. Die Vertrauensleute.

Eine Verminderung der akuten Infektionskrankheiten glaubt der neueste ärztliche Bericht über das städtische Krankenhaus Moabit (pro 1896/97) konstatieren zu dürfen. — wenigstens für den Stadttheil, in dem die Anstalt liegt. Während 1892 die akuten Infektionskrankheiten noch mit 18 pCt. an der Gesamtzahl der auf der inneren Abtheilung der Anstalt behandelten Krankheitsfälle bestritten gewesen seien, sei diese Zahl im Laufe der nächsten Jahre bis auf 6,4 pCt. im Jahre 1896/97 gefallen. „Damit überein stimmt (sagt der Bericht hinzu) das Zurückgehen der Infektionskrankheiten in dem ganzen Bezirk, in welchem das Krankenhaus gelegen ist. Günstigere Nahrungsvhältnisse und bessere Lebensbedingungen der Arbeiter im Verein mit der wachsenden hygienischen Fürsorge nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Werkstätten sind die Faktoren, welche dieses erfreuliche Resultat erzielt haben.“ — Die ärztlichen Berichte der Moabiter Anstalt zeichnen sich vor denen der anderen städtischen Krankenhäuser durch das Bemühen aus, auch den sozialen Ursachen nachzugehen, durch die die Gesundheitsverhältnisse der Bevölkerung und die Frequenz der Krankenhäuser beeinflusst werden. Diesmal aber haben die Verfasser des Berichtes leider etwas daneben gegriffen. Zunächst betrug der Antheil der akuten Infektionskrankheiten an der Gesamtzahl der auf der inneren Abtheilung der Moabiter Anstalt behandelten Fälle 1891/92 nicht 18 pCt. (auch nicht 18,6 pCt., wie der Bericht pro 1891/92 sagt), sondern — wie eine nachrechnende Prüfung des betreffenden Berichtes ergibt — nur 13,9 pCt. (Die offiziellen Berichte über die einzelnen Zweige der städtischen Verwaltung enthalten bekanntlich, mit wenigen Ausnahmen, zahlreiche Druck- und auch Rechenfehler, die fast niemals in späteren Berichten fortgerichtet werden.) Der Antheil war in den 7 Jahren 1890/91: 10,4, 1891/92: 13,9, 1892/93: 14,0, 1893/94: 7,1, 1894/95: 5,8, 1895/96: 7,7, 1896/97: 6,4 pCt. Danach erscheint die Verminderung der Infektionskrankheiten schon erheblich geringer, — besonders, wenn man nicht

von den Jahren 1891/92 oder 1892/93, in denen die Anstalt außerordentlich viel Influenza- bzw. Brechdurchfall-Kranke hatte, sondern von 1890/91 ausgeht. Nun wird aber weiter für den pflanzlichen Rückgang von 1892/93 zu 1893/94 (von 14,0 zu 7,1) im Bericht pro 1893/94 die Verlegung der Diphtherieaktion von der inneren nach der äußeren Abtheilung als Ursache angeführt. Vergleichsweise sind also nur noch die letzten vier Jahre — aus denen sich für das Krankenhaus Moabit, wie man sieht, kaum eine bedeutende Steigerung des Prozentsatzes der Infektionskrankheiten herauslesen läßt. — Zutreffend ist dagegen, daß in dem ganzen Stadttheil Moabit die akuten Infektionskrankheiten sich in den letzten Jahren verhältnismäßig vermindert haben. Die Freude jedoch, die der Bericht darüber äußert, bedarf wiederum einer kleinen Einschränkung. Zu diesem Resultat dürfte nämlich auch der Umstand mitgewirkt haben, daß sich die Zusammensetzung der Bevölkerung Moabits nach und nach geändert hat. Moabit bekommt allmählich auch in seinen mehr nach der Peripherie zu gelegenen Bezirken, infolge verhältnismäßigen Zurücktretens der zum Theil in die billigeren Vororte hinausgebrachten Arbeiterbevölkerung, einen „vornehmeren“ Charakter. Daß dadurch die Gesundheitsverhältnisse des betreffenden Stadttheiles vortheilhaft beeinflusst werden müssen, liegt bei dem bekannten Zusammenhange zwischen Einkommen und Gesundheitszustand auf der Hand.

Standesgemäße Beschäftigungen. Selbst das „Deutsche Adelsblatt“ kann sich der bitteren Wahrheit nicht verschließen, daß heute viele „Edelste der Nation“ sich nothgedrungen bequemen müssen, sich „bürgerlichen“ Berufen zuwenden, um des Lebens Nothdurft und Nahrung zu verdienen. Doch nicht alle Berufe hält es für geeignet, das Adlige zu ihnen hinabsteigen. Deshalb hat es sich angelegen sein lassen, unter den Berufen eine Auswahl zu treffen, denen Adlige sich zuwenden und eine „höhere“ Rolle spielen können. Als solche werden genannt: Geistlicher, Richter, höherer Lehrer, höherer Beamter, Arzt, Literat, Redakteur. Dann heißt es weiter: Was wären nun noch für Berufe, denen Adlige sich zuwenden könnten? Das zuerst die höhere Technik, dann das Kunstgewerbe und endlich das — Handwerk. Schuster oder Schneider läßt auch ein bürgerlicher seinen Sohn nicht gerne werden. Aber wenn ein Adliger Uhrmacher, Mechaniker, Kunstschlosser, Kunsttischler oder ein ähnlicher Handwerker ist, so ist das doch gewiß vornehmer, als wenn ein früherer Offizier als Agent einer Feuer- oder Lebensversicherung wirkt. — Das „Deutsche Adelsblatt“ hat zu berichten vergessen, daß die heruntergekommenen Adligen sich in Amerika am meisten zu dem Berufe des Reklames hingezogen fühlen. Die Mär meldet von einem New-Yorker Hotel, wo grundsätzlich nur deutsche Offiziere a. D. zur Bedienung angestellt werden.

Müdernde Frauen hatten sich bekanntlich gegen die angeblichen Unstlichkeiten gewandt, die sich im Apollo-Theater breit machen sollten, und dadurch wider Willen diesem Institut eine wirkungsvolle Reklame bereitet. Während der Polizeipräsident auf die von den Damen gemachte Eingabe noch nicht geantwortet hat, ist auf die an den Justizminister gerichtete Bitte folgende Antwort eingegangen: „Die angelegenen Schaustellungen auf der Bühne des Apollo-Theaters sind polizeilich geprüft und unbeanstandet geblieben, weil sie in stiltlicher Beziehung zu Bedenken keinen begründeten Anlaß geboten haben. Die gleiche Auffassung wie das königliche Polizeipräsidium haben auch andere Personen von dieser Darstellung gewonnen. Hiernach fehlt es an einem objektiven Anlaß für ein Einschreiten aus § 183 des Strafgesetzbuches, da der Nachweis nicht erbracht ist, daß die fraglichen Schaustellungen unwürdige, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung zu verletzen geeignet gewesen sind. Es läßt sich auch der Direktion des Apollo-Theaters und den Darstellern aus den schon vom Ersten Staatsanwalt bei dem Landgericht I hier selbst erörterten Gründen ein subjektives Verschulden nicht nachweisen.“ — Es sei noch bemerkt, daß die um die Erhaltung der Moral besorgten Damen in ihrer Eingabe besonders auf die — Studenten sind auf solche Jünglinge hingewiesen haben, deren stiltliche Reinheit durch das Apollo-Theater Schaden leiden könnte.

Aus dem Reiche des Herrn v. Poddieski. Ein Fall, der auf die Behandlung der unteren Postanstalten ein großes Licht wirft, wird in der letzten Nummer des „Deutschen Postboten“ berichtet. Die Zeitschrift meldet:

„Ein trauriges Vorwissen ereignete sich bei dem Haupt-Telegraphenamt Berlin. Der Posthilfsbote Lehmann erkrankte und blieb am Sonnabend, den 26. März, dem Dienste fern. Infolge dessen nahm im Auftrage des Telegraphen-Amtes der Ober-Telegraphen-Assistent Haupt am Abend desselben Tages eine Revision vor, bei der Lehmann in seiner Wohnung nicht vorgefunden wurde. Wie es heißt, ist derselbe etwa 20 Minuten abwesend gewesen, um notwendige Besorgungen zu erledigen. Am folgenden Tage mußte Lehmann nicht nur seinen Dienst wieder aufnehmen, derselbe hatte vielmehr noch Weiterungen in Form von Verhandlungen zc. zu bestehen. Bei dieser Gelegenheit soll sich Herr Postsekretär Krause nicht sehr rücksichtsvoll benommen und dem Lehmann Zweifel an seiner Krankheit entgegengehalten haben. Lehmann blieb am Sonntag bis 9 Uhr abends im Dienst. Am nächsten Morgen wandte sich der Erkrankte an das Telegraphenamt mit der Bitte um Uebernahme eines Krankenweines, da er nicht in der Lage sei, den Dienst fortzusetzen. Dieser Krankenwein konnte Lehmann nicht mehr zugeföhrt werden, weil der Genannte inzwischen verstorben war. Bei der Meldung des traurigen Ereignisses soll sich der Stellenvorsteher, Ober-Telegraphensekretär Kretschmar, ebenfalls in liebloser Weise geäußert haben. Es werden ihm Worte, wie etwa: „Was gehen uns die Pilsboten an, melden Sie es der Ober-Postdirektion“ in den Mund gelegt. Wieder ein beklagenswerthes Beispiel des Haispielles zwischen Beamtenthum und Menschenthum. Also fast bis zur letzten Minute seines Lebens wird der Verstorbene im Dienst festgehalten, ihm werden die letzten Stunden durch ungerechtfertigte Vorwürfe verübert, und selbst nach dem Tode noch gibt es kein Mitleid mit dem beklagenswerthen Opfer einer starren Dienstpflicht.“

So der „Deutsche Postbote“, der bei Leibe kein sozialistisches Blatt ist, wie arbeitswürdige Menschen denken mögen, sondern sich in Gottvertrauen und patriotischen Phrasen förmlich überdietet.

In stelle der ordentlichen Stadtverordneten-Sitzung, die in dieser Woche ausfällt, findet am heutigen Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, eine außerordentliche Sitzung statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Beschlüsse, betreffend die Neuwahl des ersten Bürgermeisters und eines besoldeten Stadtraths.

Für Aprilserge besonders empfänglich ist der Berliner „Solalanzeiger“. Obwohl das Blut schon an dem Reinsfall auf den Bericht über ein wunderliches Schauspiel an der Charlottenburger Brücke so trübe Erfahrungen gemacht hatte, brachte es gestern noch folgendes Privattelegramm ans Pinnac, 4. April, 10 Uhr 5 Minuten abends, von „unserem A-Korrespondenten“: Beim Abräumen des Schuttes in dem abgebrannten Dafenmagazin, das angeblich durch Blitzschlag in Brand gesteckt sein sollte, fand man heute (5) in einer Grube von 8 Metern Umfang und 1 Meter Tiefe einen Meteorstein von einer Größe, wie sie noch kein in Europa gefundener Meteorstein gehabt hat. Eine Kommission Sachverständiger schätzte das Gewicht auf 4000 kg. Der Stein wird in das ungarische Nationalmuseum in Budapest gebracht werden. Man nimmt an, daß der Brand des Magazins durch das Einschlagen des glühenden Meteor verurteilt worden sei. — Der Finanzier Spezialkorrespondent hat sich merkwürdig lange Zeit gelassen, bis er sich zum Drahten dieses seltenen Himmelswunders aufraffte. Der mächtige Meteorstein wurde nämlich nicht erst am 4. April, sondern schon am 1. April

gefunden, und zwar in den Spalten der Finanzier Zeitung „Bilancia“.

Im American-Theater war am Montag die letzte Vorstellung. Nachdem die Bühne 28 Jahre bestanden hat, muß sie geschlossen werden, weil das alte Gebäude einem Neubau Platz machen soll. Das volle Haus spendete dem „Armonischen“ und seinen Leidensgefährten lebhafteste Sympathien, worauf die Direktoren sowie Herr Bendig mit wehmüthigen Abschiedsworten dankten. Die Glanzzeit des American-Theaters liegt eine Reihe von Jahren zurück. Anfangs der Neunziger wußte Herr Oskar Wagner mit seinen wirkvollen Parodien noch einige Erfolge zu erringen. Was in den letzten Jahren in der Dresdenerstraße aufgeführt wurde, war recht matt.

Die Verfügung des Polizeipräsidiums, nach welcher der Palmsonntag diesmal nicht zur Charwoche gerechnet wurde, soll nur als eine vorläufige zu erachten sein. Bisher wurde bekanntlich das Gesetz derartig gehandhabt, daß die polizeiliche Bestimmung über Konzerte, theatralische Veranstaltungen u. s. w. in der Charwoche auch für den Palmsonntag Geltung hatte. Gelegentlich der Bestimmung eines Konzertsaal-Zuhabers, der im vorigen Jahre die Bestimmung übertrug, erkannte das Gericht in zwei Instanzen an, daß der Palmsonntag nicht als zur Charwoche gehörig zu erachten sei, vielmehr beginne diese erst in der Nacht vom Sonntag zum Montag um 12 Uhr, so daß die polizeilichen Bestimmungen bezüglich der Heilighaltung der Charwoche nur von diesem Zeitpunkt bis zum Ostersonntag nachts 12 Uhr Gültigkeit haben. Auf Grund dieser richterlichen Entscheidung hat das Polizeipräsidium dementsprechend bis auf weiteres die Verfügung betreffs der Charwoche für den Palmsonntag außer Kraft gesetzt, bis das Reichsgericht, welches in dieser Angelegenheit angerufen ist, eine endgiltige Entscheidung getroffen haben wird.

Eine neue Augen-Heilanstalt. In der am Montag stattgehabten Sitzung des Ausschusses der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin wurde der Antrag des Vorstandes, betreffend den Ankauf eines 360 Morgen großen, unmittelbar am Bahnhof Veltz gelegenen Waldterrains einstimmig genehmigt. Auf dem Terrain soll je eine Augenheilanstalt für Männer und Frauen und je ein Sanatorium für Männer und Frauen errichtet werden. Wie der Vorsitzende der Versicherungsanstalt Dr. Freund mittheilte, sind die Vorarbeiten derartig gefördert, daß noch in diesem Sommer voraussichtlich mit dem Bau begonnen werden können. Die Fertigstellung der sehr umfangreichen Bauten ist zum 1. Mai 1900 geplant.

Zur bequemeren Einlieferung von Paketen ist in Berlin, abgesehen von Stadtpost-Anstalten, auch durch die Paketbestell-Einrichtungen der Post Gelegenheit geboten. Sämmtliche im Dienst befindlichen Paketbesteller sind zur Entgegennahme gewöhnlicher Pakete und zur Einlieferung bei der nächsten Postanstalt verpflichtet. Sie nehmen die Pakete innerhalb der Häuser, die sie zum Zwecke der Bestellung oder Abholung betreten, und an den Postwagen entgegen. Auf schriftliche Bestellung — mittels Bestellzettel oder Bestellkarte an das kaiserliche Postamt in Berlin N. (Oranienburgerstr. 70) — findet die Abholung von Paketen auch aus den in dem Verlangschreiben bezeichneten Wohnungen statt. Die Bestellzettel und Bestellkarten werden unentgeltlich besördert; für die von den Paketbestellern auf ihren Bestellfahrten eingesammelten Pakete kommt außer dem Porto nur eine Gebühr von 10 Pf. zur Erhebung.

Eines schlechten Zeugnisses wegen wollte sich Montag Abend das Dienstmädchen Lina Weise, das bei Stengel in der Schornstraße 21 in Stellung war, das Leben nehmen. Die Lebensmittele tran Karboläure und verbrannte sich damit so schwer, daß man sie schleunigst in ein Krankenhaus bringen mußte.

Arbeiterrißto. Bei der Arbeit schwer verunglückt ist am Montag Nachmittag der 44 Jahre alte Arbeiter Franz Kiehlitz, der am Söndufer damit beschäftigt war, eiserne Träger mit einem Krahne aus dem Schiff auf den Wagen zu laden. Er gerieth mit beiden Händen zwischen zwei Träger, die jeder etwa 8 Zentner wiegen und ihm alle Finger zerquetschten. Der Verunglückte wurde in ein Krankenhaus gebracht. — Auf dem Neubau Warschauerstraße Parzelle 2 brachen die Steinträger Franz Krüger und Otto Wendt mit einer ungenügenden besetzten Leiter zusammen und trugen schwere Verletzungen am Kopfe und an den Beinen davon. — Am Nachmittag mehrere Arbeiter einer Automatenfabrik auf dem Hofe des Grundstückes Spenerstr. 20 Reinigungsarbeiten, wobei sie am Brunnen ein Gefäß mit Säure aufgestellt hatten, stieß der Arbeiter August Scholz beim Fortrollen leerer Bierfässer gegen den Behälter, sodaß ihm die Flüssigkeit ins Gesicht spritzte und ihm arge Verletzungen zuzugie.

Beim Fensterputzen verunglückte die 20jährige Tochter der Hilowitz, 62 wohnhaften Witwe Bergner. Das junge Mädchen stürzte aus der dritten Etage auf den Hof hinab und zog sich dabei so schwere Verletzungen am Kopfe zu, daß die herbeigeholten Aerzte an ihrem Auskommen zweifeln. Mittels Krankenwagens wurde die Verunglückte nach einem Krankenhaus gebracht. Da die Bedauernde werthe an Krämpfen leidet, so dürfte das Unglück auf einen Krampfanfall zurückzuführen sein.

Selbstmord. Von der Hansabrücke in die Spree gesprungen und ertrunken ist ein unbekannter junger Mann von etwa 20 bis 25 Jahren. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Der Selbstmörder hat blondes Haar und einen Anflug von Schnurrbart und trug einen bräunlichen Anzug und einen braunen Hut.

Von einem Radfahrer überfahren wurde gestern vor der Technischen Hochschule zu Charlottenburg eine etwa 60 Jahre alte Frau. Zwei Herren nahmen sich der Verunglückten an und brachten sie in ihre Wohnung. Der Radfahrer kümmerte sich nicht im geringsten um sie, er jagte davon und konnte nicht festgestellt werden.

Ein zweites Opfer der Familientragödie in der Lübeckstraße 40, über die wir vor mehreren Wochen berichteten, ist jetzt gefunden worden. Wie wir mittheilten, verchwand aus dem bezeichneten Hause die Witwe des Modelischers Volkmann mit ihren beiden Kindern im Alter von 8 und 2 Jahren. Das kleinste Kind wurde bald darauf als Leiche aus dem Landwehrkanal gefandert; es war mit einem Stein beschwert gewesen. Gestern nun fand man in Charlottenburg, ebenfalls im Wasser, die Leiche der Frau. Bei der Aufräumung der Wohnung hat der Hauswirth Kaufmann Koch, dem Frau Volkmann unmittelbar vor ihrem Wegzuge noch die fällige Miete bezahlt hatte, in der Matraze des Bettes noch ein Portemonnaie mit 19 Mark 50 Pf. gefunden. Eine unmittelbare Noth lag hiernach entgegen der Meldung des Polizeiberichts nicht vor, zumal da die Frau regelmäßige Arbeit und von ihrer Wohnung eine Stube vermietet hatte. Frau Volkmann hat daher wohl aus Gram um den Verlust ihres Mannes, der sich im Dezember von einem Eisenbahnzug hatte überfahren lassen, ihre Kinder und sich selbst umgebracht.

Die Nachforschungen nach den Einbrechern, die in der Tobler'schen Fabrik in der Müllerstraße 5300 M. erbeuteten, haben auf eine bestimmte Spur noch nicht geführt. Es war aufgefallen, daß der Wächterhund, der sonst stets anschlägt, wenn jemand das Gelände betritt, auch wenn es ein Arbeiter der Fabrik ist, so leicht in die Flucht geschlagen zu sein schien. Der Hund ist nun in der thierärztlichen Hochschule genau untersucht worden und da hat sich dann herausgestellt, daß man ihn nicht nur geschlagen, sondern auch angepöbeln hat. Er hat eine Kugel in das Becken bekommen und ist dadurch kampfunfähig geworden. Der zerstückte Geldschrank ist gestern, Dienstag, in der Geldschrankfabrik, aus der er hervorgegangen war, vollends geöffnet worden. Bei dieser Gelegenheit hat man erst einen 60 Zentimeter langen Stahlmeißel



gefunden, der so fest eingekleidet war, daß man ihn nur mit gewaltiger Anstrengung herausbekommen konnte. Dieser Meißel kommt nicht aus der Töblicher Fabrik; die Einbrecher haben ihn vielmehr mitgebracht und mit ihm auch zunächst den Werkzeugkasten eines Schirmwebers erbrochen, dem sie dann die übrigen Meißel entnahmen. Merkwürdigerweise hat auch bei dem früheren großen Einbruch, bei dem das Spind den Anstrengungen widerstand, derselbe Kasten desselben Schirmwebers die Einbruchswerkzeuge hergeben müssen. Was nun die Verfolgung der Einbrecher betrifft, so kommt als verdächtig ein Mann in Betracht, der am Sonntag in einer Goldwarenausstellung in der Kreuzstraße große Einkäufe gemacht hat. Dieser Mann, der nicht besonders gut gekleidet war und eine Ballonmütze trug, kaufte zunächst zwei verschiedene Sachen zu je 100 M. und bezahlte diese mit zwei Hundertmarkscheinen. Dann nahm er noch eine goldene Uhr zu 250 M. und fragte den Geschäftsinhaber, ob er einen Tausendmarkschein wechseln könne. Auf die bejahte Antwort gab er einen Schein, reich die überschüssigen 750 Mark ein und entfernte sich mit seinen Einkäufen. Der Kunde kam dem Geschäftsinhaber erst dann verdächtig vor, als er später in der Zeitung den Bericht über den großen Einbruchsvorfall las. Nun machte er der Polizei Anzeige. Ob der Schein wirklich zu den gestohlenen gehört, steht noch dahin; es bedarf noch einer Feststellung der Nummern der erbrochenen Scheine.

Die siebente internationale Antiquar-Ausstellung wird vom 8.-12. April Brunnenstr. 9 stattfinden.

Das Programm der Volkshochschule Humboldt-Akademie für das am 18. April d. J. beginnende Frühjahrssemester enthält die nachstehenden Angaben von 48 Vorträgen und Unterrichtsstunden aus fast allen Wissensgebieten, welche in den drei Lehrjahren III, IV und V (Vorkurs, auch ferner vorwärts) für Herren und Damen gehalten werden. Das neue Programm wird den Mitgliedern und den Hörern des letzten Quartals kostenfrei zugestellt; im übrigen ist dasselbe, 16 Seiten stark, in einer Anzahl bekannter Buchhandlungen, sowie im Invalidenamt und in den Büchern der Akademie, Unter den Linden 47, Potsdamerstraße 116a, Pringelstr. 54 und Sandbergstr. 32, für 10 Pf. erhältlich.

Die 7. hiesige Fortbildungsschule für Mädchen, welche seit 15 Jahren im Schulhaus Rannstr. 63 (nahe der Kaldertstraße) befehligt, beginnt ihre Unterrichtskurse für das Sommersemester am Donnerstag, den 14. April. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch (Rechtschreibung, Lesefähigkeit, Aufsätze, Vorträge), Schönschreiben, praktische Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Gesang, Turnen, Wollschneiderei, Nähmaschinen, Schneidern, Plätten, Wuschmaschinen, sowie alle weiblichen Handarbeiten insb. Kunst-Handarbeiten. Außerdem wird Französisch und Englisch für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch gelehrt, wie auch die Stenographie nach Stöckel und Uebung im Gebrauch bewährter Schreibmaschinen erworben. — Das Schulgeld beträgt für die Hauptkurse monatlich 60 Pf., für die übrigen 1 M. — Aufnahme in den Nachmittagskursen von 6 Uhr ab im Amtszimmer der 42. Gemeindekasse, Rannstr. 63, beim Rektor Zander.

Theater. Im Schiller-Theater werden die beiden letzten und größten Erfolge, die mit den Aufführungen der gewaltigen Dichtung „Ibsen's „Brand“ und der dramatischen Bauernposse „Doppel-Selbstmord“ von Angenarber erzielt wurden, in dem Spielplan der Festeinlage besonders berücksichtigt. Am ersten Osterfesttag (Sonntag, 10. April) nachmittags wird „Doppel-Selbstmord“, abends 8 Uhr „Brand“ gegeben; am zweiten Festtag (Montag, 11. April) nachmittags „Doppel-Selbstmord“, abends „Ein Schritt vom Wege“, Aufführung von Ernst Wiehert; Dienstag (12. April) nachmittags „Wilhelm Tell“, abends 8 Uhr „Brand“. Die für Sonnabend angelegte erste Aufführung von „Ein Rastlöcher Corbin“ wird verlegt, um auch an diesem Tage Angenarber's „Doppel-Selbstmord“ wiederholen zu können.

Feuerbericht. Montag Abend 7 Uhr entstand in Ruheplatzstraße 20 ein Kellerbrand, der verschiedene Hausgeräte zerstörte. Kurz nach 10 Uhr hatte Dr. Orianstr. 4 die Schaldecke über der Lampe Feuer gefangen, das aber noch rechtzeitig abgelöscht werden konnte. Dienstag früh wurde die Wehr nach Prenzlauerstraße Nr. 23 gerufen, wo ein Posten Preßklofen in Brand gerathen war. Gleichzeitig erfolgte Alarm nach Köpnickstr. 144. Hier hatte die Balkenlage über der Lampe ebenfalls schon am Abend vorher Feuer gefangen, ohne daß dasselbe bemerkt wurde. Es wurde zwar von der Wehr in kurzer Zeit abgelöscht, doch hatte das Gebäude bereits beträchtlichen Schaden erlitten. Nachmittags 8 Uhr mußte Dr. Orianstr. 7 ein Zimmerbrand beseitigt werden, der verschiedene Möbelstücke vernichtete.

### Aus den Nachbarorten.

Aus Spandau wird uns berichtet: Der Abg. Pastor Scholl verfaßte vor einiger Zeit, die Zustände in den lgl. Fabriken als so vösig hinzustellen, daß man glauben könnte, die Arbeiter lebten dort wie im Paradies. Dem staatsführenden Gottesmann ist schon des öfters nachgewiesen worden, daß er gelinde gesagt, nur sehr geringe Kenntnisse an den mancherlei Leiden und sehr geringen Freuden hat, die des Proletariats in Spandau harren, aber immerhin ist es Pflicht und Schuldigkeit der in Betracht kommenden Arbeiter, stets von neuem ihre wenig beneidenswerthe Lage der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wie wenig der Arbeiter der königlichen Fabriken von einer genügenden Entlohnung reden kann, beweist die Thatfache, daß hunderte für einen Lohn von 250 M. täglich volle zehn Stunden hindurch die schwersten und gefährlichsten Arbeiten verrichten müssen. Auch die Schutzvorrichtungen wurden des langen und breiten im Reichstage gerühmt. Und doch sind kürzlich einem Arbeiter in der Geschützfabrik infolge ungenügenden Schutzes drei Finger der rechten Hand verloren gegangen, während der vierte Finger derart gequetscht wurde, daß er wahrscheinlich nicht mehr zu gebrauchen sein wird. Eine Einrichtung, die sehr beachtliche Bedenken erregt, ist das Lohnsystem in der erwähnten Fabrik. Es giebt dort nämlich in allen Branchen Arbeiter erster und zweiter Klasse. Nach dieser Klasseneinteilung ist nun nicht allein der feste, sondern auch der Allforderlohn bestimmt. Ein Arbeiter der zweiten Klasse darf nicht soviel verdienen, wie sein Kollege von der ersten Klasse. Diese Bestimmung wird besonders deshalb als dünnend empfunden, weil viele Arbeiter die Empfindung haben, daß es ganz und gar von der Günst des Meisters abhängt, in welche Klasse ein Arbeiter hineinkommt. Es kommt vor, daß ungelernte Arbeiter, die als solche längere Zeit beschäftigt wurden, auf einmal Dreher zweiter Klasse, dann solche erster Klasse und schließlich Mechaniker werden. Wie es unter solchen Umständen gewisse Leute mit der gerade in den königlichen Betrieben so notwendigen Arbeiter-Solidarität halten, dürfte leicht ersichtlich sein. Es sei noch bemerkt, daß in den Betrieben von halbwegs fester Beschäftigung durchaus keine Rede sein kann. So ist am 1. April etwa 700-800 Arbeitern des Feuerwerks-Laboratoriums gekündigt worden, und wenn man den Feuerwerks-Verfahren verschiedener „Vorgelegten“ Glanzen schenken darf, so stehen noch weitere Massenentlassungen bevor. Die ganze Arbeitsmethode in Spandau wird aber durch den Umstand gekennzeichnet, daß noch bis vor kurzem häufig Ueberstunden gemacht werden mußten.

Reinickendorf. Den Genossen zur Nachricht, daß am Charfreitag eine Partie nach Hohen-Neuendorf und Birkenwerder stattfindet. Treffpunkt bei Wätcher, Marktstr. 1; Abmarsch daselbst punkt 8 Uhr. Die saugeliebten Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Der Vertrauensmann.

Der Schöneberger Magistrat erläßt unterm 5. April 1898 auf Grund des § 58 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1898 eine Bekanntmachung betreffend die Bedienung des Bedarfs an direkten Gemeindesteuern für 1898/99. Demzufolge werden erhoben: a) ein Zuschlag von 100 pCt. zur Staats-Einkommensteuer zur Abgeltung der veranlagten Einkommensteuer und zu den sonstigen Einnahmen von 4 M. und 2 M. 40 Pf.; b) 100 pCt. der vom Staate veranlagten Gewerbesteuer der Klassen I und II, und 100 pCt. der Klassen III und IV; c) ein Zuschlag von 100 pCt. zur Gewerbesteuer; d) die besondere Gemeinde-Grundsteuer mit 2/10 pCt. des gemeinen Wertes der steuerpflichtigen Grundstücke etc. — Die Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1898/99 ist auf 20 M. erhöht worden.

Schulungen mit Revolvern. Der Direktor der Reformschule in Schöneberg hat an die Eltern der Schüler folgende Mahnung gerichtet: „Den verehrten Eltern unserer Schüler wird erneut und dringend aus Herz gelegt, ihren Söhnen den Gebrauch von

Schulwaffen gänzlich zu unterlagen. Schüler, die, sei es in der Schule oder beim Turnen und Spielen, auf der Bade-Anstalt oder bei gemeinschaftlichen Ausflügen, kurz, wo die Schule für eine angemessene Aufsicht verantwortlich ist, im Besitze von gefährlichen Waffen, insbesondere von Pistolen und Revolvern (!) betroffen werden, müssen mit der Androhung der Verweisung von der Anstalt, im Wiederholungsfall unmissverständlich mit der Verweisung bestraft werden.“

Daß derartige Hohnheiten möglich sind, mag nicht zum geringsten dem von patriotischer Seite mit allen Mitteln geförderten Streben nach militärischer Erziehung der Kinder zu danken sein. Gerade in den Vororten sieht man nicht selten höhere Schulsungen heranzögen, die von ihren unverständigen Eltern in die Uniform irgend einer „Jugendwehr“ gesteckt und mit einem veritablen Seitengewehr ausgerüstet auf die Straße geschickt sind. Es ist ein Wunder, daß von diesen Kindern noch kein größeres Unheil angerichtet worden ist.

Der Magistrat von Charlottenburg hat gestern beschloffen, nach dem Antrag der Rathhausbau-Kommission der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme des im Wettbewerb mit dem ersten Preise bedachten Entwurfs der Architekten Reinhardt und Siffert zur Ausführung des Rathhaus-Neubaus zu empfehlen. Das Rathhaus soll 3 Millionen Mark kosten; der Thurm soll 100 Meter hoch werden.

Wegen Verlegung der Taugerlanbahn am Palmsonntag beabsichtigt eine Anzahl Saalbesitzer in den Kreisen Zeltow und Niederbarnim einen Prozeß anhängig zu machen. Während das Berliner Polizeipräsidium die Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten am Palmsonntag in Berlin und Charlottenburg gestattet hatte, ist den Gastwirthen im Kreise Niederbarnim und Zeltow nicht allein die Abhaltung von Tanzveranstaltungen am Palmsonntag gänzlich untersagt worden, es mußten auch die am Sonnabend vor dem Palmsonntag veranstalteten Festlichkeiten um 12 Uhr nachts beendet sein. Die Entscheidung des Kammergerichts vom 20. Januar d. J., wonach die Charwoche erst mit dem Montag nach Palmsonntag ihren Anfang nimmt, ist für die Kreise nicht maßgebend gewesen. Dort hätte sich das Verbot auf eine alte Oberpräsidial-Verordnung vom 27. Dezember 1879. Zahlreiche, durch dieses Tanzverbot beeinträchtigte Saalbesitzer sind entschlossen, Erfolg für den ihnen durch das Tanzverbot am Palmsonntag erwachsenen Schaden-Ausfall im Prozeßwege zu erstreiten.

### Verfassungen.

In einer Volksversammlung, die am Montag in den Kaminhallen tagte, referierte Genosse Ledebour über „Sozialdemokratische Weltpolitik“. Der Redner, der in seinem Vortrage darauf hinwies, daß die bürgerlichen Parteien mit vollem Eifer der abenteurlichen Weltpolitik zustimmten und der die klägliche Haltung der freisinnigen Vereinigung und insbesondere die der Zentrumspartei zur Follenvorlage treffend charakterisierte, erörterte sodann in kritischer Weise die von den Flottenschwärmern geltend gemachten Gründe und die von den Anhängern einer Weltpolitik angeführten Behauptungen. Er wies sehr eingehend nach, daß eine Verfassung der deutschen Flotte weder gerechtfertigt ist durch die größeren Flotten von Frankreich und Rußland, die in einem Kriegsfalle mit Deutschland, abgesehen von dem natürlichen Schutze, den die deutschen Küsten gewähren, überhanpt nicht zur Geltung kommen, noch durch die, aus den besonderen Verhältnissen entstandene übermächtige Flotte von England, mit dem uns übrigens nach jeder Richtung gemeinsame Interessen verbinden und dessen Stärke der Flotte auch von den eragierten Flottenschwärmern für Deutschland niemals zu erreichen, für unmöglich gehalten wird. Der Redner kennzeichnete die vage Behauptung, daß der Handel durch eine Vermehrung der Kriegsstärke gesichert werden müsse, und die Phrase, daß durch den Schiffbau ja eine ganze Anzahl Arbeiter Beschäftigung erhalten werden könnten, als unzulänglich. Er wies sehr eingehend nach, daß die Interessen Deutschlands keineswegs gefährdet, sondern dadurch, daß die anderen Staaten zum gleichen Vorgehen veranlaßt würden, und vordem für den Handel neutrale Gebiete von dem schutzlosen Rußland annektiert worden sind, in verschiedener Beziehung geschädigt würden. Er machte ferner aufmerksam auf die Gefahren, welche die Arbeiterklasse durch die Einfuhr der widerstandlosen Ausbeutungsgüter, der Rente, zu gewärtigen hat, und die eine eminente Schädigung des Volkswohls überhaupt bedeutet. Er erinnerte an die ungeheuren Kosten, mit welchen das arbeitende Volk bei einer derartigen Weltpolitik belastet wird, von der im höchsten Maße einige Großkapitalisten bedeutende Vorteile für ihre Geldbeutel erzielen und bei der sich einige Leute billige Vorbehalten mit der gepanzerten Faust zu holen geben, während andererseits nur Nachteile in wirtschaftlicher sowohl wie in politischer Hinsicht zu erwarten sind. Nachdem der Redner noch auf die großen Widersprüche der Vertreter dieser Weltpolitik, unter anderem auf die von denselben Leuten verfolgte Schutzpolitik hingewiesen hatte, kommt er zu dem Schluß, daß wie die Dinge auch betrachtet werden mögen, einen Segen man in dieser Weltpolitik nicht erblicken kann und deshalb ist sie zu bekämpfen, in welcher Form dieselbe auch aufsteht. Die Handelsinteressen werden am besten dadurch gefördert, daß in allen Ländern der Freihandel erstrebt wird. Statt der Hölle, die durch die hohen Erhebungskosten und die sonstigen Umstände nur in einem Bruchteil dem Staate zukommen, aber dem Volke die notwendigen Lebensmittel in hohem Maße verteuern, soll man, unserer Forderung entsprechend, eine progressive Einkommensteuer erheben. Andererseits aber die Ausgaben des Staates durch die Beseitigung des stehenden Heeres und Einführung des Militärsystems verringern. Vor allem aber verlangen wir eine Politik, durch welche die Arbeiter leistungsfähiger werden; z. B. daß man ihnen ein Koalitionsrecht im weitesten Sinne verschafft, damit sie sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen können und dadurch konsumtionsfähiger werden. Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten folgte eine lange, lebhaft diskussion, die bewies, daß wir uns bereits in der Wahlbewegung befinden. Zunächst veranlaßte das Verhalten des überwachenden Beamten einen kleinen Zwischenfall. Derselbe verlangte vom Vorkommenden, daß er die Zwischenrufe verbiete. Genosse Zahn trat diesem Verbot, die Rechte der Versammlung zu beschränken, energisch entgegen. — Außer dem unermüdlichen jungen Herrn Waburg, der sich in letzter Zeit wiederholt durch seine inhaltlosen aber desto längeren Reden, in welchen er die freisinnigen Richtiger Oberhand empfiehlt und durch seine fortwährenden exaltierten Zwischenrufe auch in den sozialdemokratischen Parteiversammlungen bemerkbar machte, beteiligten sich noch fünf Herren, die als Gegner der Sozialdemokratie auftraten, an der Debatte. Diese sechs Redner, die alle angaben, daß sie mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden sind, bezeichneten als Vertreter der freisinnigen Volkspartei, der sächsischen resp. deutschen Volkspartei, der bürgerlichen Demokratie und der Demokratie „ohne Zusatz“ u. s. w. Diese Redner, die sich gegenseitig ihre Sünden vorwarfen und sich heilig beschworen, waren sich aber in der Bekämpfung der Sozialdemokratie völlig einig. Alle alten Ladehüter wurden von ihnen vorgebracht, aus dem Zusammenhange herausgeriffene Äußerungen von Marx, Ed. Bernstein u. a. zitiert, um einen künstlichen Widerspruch unter den bekannteren Parteigenossen zu konstruieren. Die Meinungsverchiedenheiten, die in den Fragen der Taktik unter den Genossen vorgekommen sind, wurden ausführlich erörtert. Der Genosse Franc wendete sich wieder gegen die bekannten Ausführungen Heine's in der Parteiversammlung des 3. Wahlkreises und kritisierte das Verhalten des „Vorwärts“, der die Aufnahme einer Entgegnung von Genossen Ledebour abgelehnt hat, so daß dieser sich an die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wenden mußte. Von Genossen G. Wagner und W. Heine, die auch gegen den Genossen Franc polemisierten, wurde das Verhalten der freisinnigen aller Schattungen mit ihrer Manchester-Theorie, voran Eugen Richter mit seiner „Spartakus“, in kurzer aber treffender Weise gekennzeichnet und besonders das Gebahren der freisinnigen Partei in Arbeiterfragen und die Hölle Kampfesweise gegenüber der Sozialdemokratie

drastisch beleuchtet. Seine stellt sodann fest, daß nicht er die Veröffentlichung seiner Rede im „Vorwärts“ veranlaßt habe, sondern, daß er dieselbe nur geschrieben und der Reichstags-Fraktion übermitteln habe, um derselben als Unterlage zu ihren Erörterungen über diese Frage dienen zu können. Im übrigen sei er mit dem Gen. Ledebour darin einig, daß die zwischen diesem und ihm herrschenden Meinungsverchiedenheiten zu gegebener Zeit in dem wissenschaftlichen Organ der Partei zum Austrag zu bringen seien. Durch die Anpassungen von Leuten, die mit der Absicht unzugehen scheinen, Zwiepsalt unter die Parteigenossen des Kreises zu bringen, lasse er sich nicht provozieren. Zu einer weiteren Ansprache über seine früheren Ausführungen, die er im übrigen durchaus aufrecht erhalte, schein ihm die heutige Versammlung wenig geeignet. Zu seinem Schlußwort nahm Genosse Ledebour, nachdem er angeführt hatte, daß er sich die undemokratische Handlung des „Vorwärts“, der die Aufnahme seiner Zuschrift abgelehnt habe, nicht gefallen lassen werde, Veranlassung, die Ursachen des Verfalls der bürgerlichen Demokratie und der ehemaligen Fortschrittspartei zu charakterisieren und die sich mit einem großen Phrasenschwall als Vertreter der Demokratie aufspielenden Redner gehörig abzuführen. Gegen ein halbes Duzend Stimmen gelangte hierauf eine Resolution zur Annahme, in der sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und sich verpflichtet, mit aller Kraft für die Wahl des Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zu wirken. Mit der Aufforderung des Genossen Friis, eine recht rege Agitation in diesem Sinne zu entfalten, erfolgte nach 1 Uhr der Schluß der Versammlung.

Gegen die Entferrnung der Kränze von den Gräbern im Friedrichshain protestierte eine am Montag von dem Komitee zur Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen einberufene gut besuchte Volksversammlung. Der Referent, Schriftsteller Heine's Krieger, gestellte in kraftvollen Worten die auf Veranlassung des Obergärtner's Abraham vollzogene Vernichtung der Kranzpenden als einen Akt der Pietätslosigkeit. Am Totensonntag werde im ganzen Lande das Andenken der Verstorbenen geehrt, indem die Angehörigen deren Gräber in pietätvoller Weise schmücken. Niemand werde sich einfallen lassen, solchen Gräberschmuck anzugreifen. Wenn nun das Volk in ganz derselben Weise das Andenken der Märzgefallenen ehrt, die ihr Leben für Volksfreiheit und Volksrecht gelassen haben, dann darf ein Obergärtner kommen, und die Reichen der Pietät vernichten. Und das sollen wir uns gefallen lassen? Was würde wohl geschehen, wenn jemand wagen wollte, die an der Invalidenstraße niedergelegten Kränze zu entfernen. Der Obergärtner habe wohl gewußt, daß sein Vorgehen bei seinen Vorgesetzten Billigung finden würde. Der Magistrat, vor allem Herr Oberbürgermeister Jelle, habe bewiesen, daß er nicht die Anschauungen der Berliner Bürger, deren ausübendes Organ er sein solle, verrete. Wenn die Bürgerschaft solche Männer, die kein Rückgrat haben, an die Spitze der städtischen Verwaltung stellt, dann habe sie es sich selber zuzuschreiben, wenn ihre Gefühle in so schänder Weise verletzt werden. Es sei hohe Zeit, daß sich das Bürgerthum auf seine freisinnigen Forderungen besinne. Nach einer kurzen Diskussion kritisierte der Referent in seinem Schlußwort das Verhalten der hiesigen Presse gegenüber der Thätigkeit des Denkmalkomitees. Namentlich ging er mit der „Boslichen Zeitung“ ins Gericht. Es sei ihm gesagt worden, daß Hans Lesing befände sich in sehr gedrückter Stimmung, und die Sorge um das Reichstagsmandat, das der junge Herr Lesing zu erringen hoffe, wirke auch auf die Haltung der „Boslichen Zeitung“ in der Denkmalsangelegenheit. Die Versammlung erwiderte mit der Annahme folgender Resolution: Die Versammlung legt energischen Protest ein gegen das Verhalten der Friedhofs-Verwaltung gegenüber den Kranzpenden im Friedrichshain. Sie erwartet von den Stadtverordneten, daß sie den richtigen Ausdruck für dieses Verhalten finden werden. Sie spricht gleichzeitig den Wunsch aus, daß die Stadtverordneten mit allen Kräften dahin wirken, daß dem Denkmalkomitee der von demselben geforderte Platz auf dem Friedhof zur Aufstellung eines Denkmals überlassen werde.

Die Puhler und Puhlerträger waren von Vertrauensmann Noack zu einer öffentlichen Versammlung zum 4. April nach Feuerwerk's Lokal in der Alten Jakobstraße zusammenberufen und auch in stattlicher Anzahl erschienen. Es galt eine gegenseitige Aussprache herbeizuführen über verschiedene Mißstände im Puhergewerbe und deren nachteilige Folgen. In erster Linie handelte es sich nach den Darlegungen verschiedener Redner um Uebelstände, die sich herausgebildet haben in dem Abhängigkeitsverhältnis der Puhlerträger zu den Puhern. Den letzteren wurde ein wenig solidarisches Verhalten gegenüber den Puhlerträgern zur Last gelegt, sowie anderweitige Schäden, durch welche den Puhlerträgern die üblichen Pausen vielfach beschnitten und pünktlicher Feierabend unmöglich gemacht wurde. Die Puhlerträger verlangten, als gleichwertige Arbeiter von den Puhern anerkannt zu werden. Von Seiten der Puhler waren der Vertrauensmann Kohn und dessen Kollege Dietrich beauftragt, mit den Puhlerträgern zu verhandeln resp. deren Beschwerden entgegenzunehmen. Beide gaben das Bestehen der gerügten Mißstände zu mit der Einschränkung, daß sich das hauptsächlich auf die Innenpuhler beziehe. Die stunden Allforderhältnisse, sowie die unglücklichen Schwindelbau-Verhältnisse aber seien die Grundursachen, aus denen sich fast ausschließlich alle angeführten Mißstände rekrutierten. Die Bewegung der Puhlerträger sei mit Freuden zu begrüßen, sie sei ein bedeutender Schritt vorwärts zur Bekämpfung der allgemeinen Mißstände im Puhergewerbe, und aller Voraussicht nach würde ein solidarisches Hand-in-Hand-arbeiten der Puhlerträger und Puhler sehr wohl zum gedeihlichen Ziele führen. Zur Beseitigung der speziellen Mißstände zwischen Puhlerträgern und Puhern werde seitens der organisierten Puhler gern die Hand geboten werden. Den Puhlerträgern wurde aufgegeben, baldmöglichst wieder eine derartige Versammlung zu arrangieren, in der dann die Puhler vollständig erscheinen werden. Gleich nach Oben wurden die Bankkontrollen wieder aufgenommen, wobei auf thätkräftige Unterstützung der Puhlerträger nach den gepflogenen Verhandlungen gerechnet wurde. Hiernach wurden den Puhern die von den Puhlerträgern formulierten noch abänderungsbedürftigen Forderungen für die Frühjahrsbewegung im Puhergewerbe unterbreitet, um den Puhern die Möglichkeit zu geben, danach ihre Forderungen einzurichten. Sämtliche Redner plädierten für Stärkung der Organisation und desirierten folgende zur Diskussion gestellte Resolution, die zum Schluß zur einstimmigen Annahme gelangte: „Die Versammlung der Puhler und Puhlerträger protestiert ganz entschieden gegen das Verhalten der Puhler ihren Arbeitern gegenüber. Die Puhlerarbeiter geben das Verprechen, nicht eher zu ruhen, bis zwischen den Puhern und den Puhlerträgern ein besseres Verhältnis herbeigeführt worden ist.“

Die Berliner Baufischer hatten, wie bereits mitgeteilt, am 31. März sieben öffentliche Versammlungen einberufen, in welchen die augenblickliche Lage in der Baufischerei-Branche erörtert wurde. Ueber die eine derselben haben wir eingehend berichtet. Nach den uns jetzt vorliegenden Berichten von den übrigen Versammlungen ist der Verlauf derselben überall ein guter gewesen. Durch die Referate und die zahlreichen Diskussionen wurde festgestellt, daß die wüthigen Jugelhändnisse der 1896er Lohnbewegung in den meisten Werksstätten schon wieder zurückgegangen, und die Lage des

Wenn Genosse Ledebour sich die „undemokratische Handlung des „Vorwärts“ nicht gefallen will, so ist das sein gutes Recht und er mag alle die Aufsicht führenden Instanzen erschöpfen, deren Urtheil wir sehr ruhig entgegensehen. Wir glauben durchaus richtig gehandelt zu haben, daß wir die Ledebour'sche Einwendung über die Kandidatenrede des Genossen Heine ablehnten, nachdem die Reichstagsfraktion am gleichen Tage bereits sich mit jener Angelegenheit befaßt und sie zur Erledigung gebracht hatte. Wir haben dazu nur noch mitzutheilen, daß die Preßkommission des „Vorwärts“, bei der Genosse Ledebour bereits früher Beschwerde geführt hat, einstimmig das Verhalten der Redaktion gutgeheißt und die Beschwerde zurückgewiesen hat. D. Red.



ngelnen trauriger denn zuvor gefaltet ist. Neben fortwährenden Abzügen werden die Anforderungen an die Arbeiter immer größer; in verschiedenen Werkstätten wird dashalten von Werkzeugen, sogar der Hobelbank zur Bedingung gemacht. In verschiedenen Fällen hat der Arbeiter sogar noch einen Teil zur Werkstattnote beizutragen. Um diesem nun Einhalt zu gebieten und wenn möglich die Lage der Bauarbeiter wieder etwas zu heben, verpflichten sich die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß sämtliche Bauarbeiter in kurzer Zeit der Organisation beigeführt sind, da ohne eine straffe Organisation dem Uebel nicht abgeholfen werden kann. Die Resolution fand überall einstimmige Annahme.

**Ober-Schöneeweide.** In der am Sonntag, den 8. April, nachmittags, abgehaltenen Gemeindevorstand-Versammlung von Ober-Schöneeweide wurde nach einem einleitenden Referat des Genossen John, in welchem derselbe die Gegenstände beleuchtete, welche die Gemeindevertretung beschäftigt, beschlossen, von unserer Seite eigene

Kandidaten aufzustellen. Nach längerer Debatte wurden die Genossen John, Funke und Barth als Kandidaten aufgestellt. Im Wahlkomitee wurden Bill, Jilbed und John gewählt. Sodann wurde nach längerer Debatte beschlossen, einen Arbeiter-Bildungsverein für Ober-Schöneeweide zu gründen und wurden die Genossen Funke, John und Grunow beauftragt, die Vorarbeiten hierzu zu verrichten. Die konstituierende Versammlung findet am Donnerstag den 7. April, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Bill in Ober-Schöneeweide statt und werden hiermit sämtliche Genossen eingeladen, dem Verein beizutreten. Nachdem Gen. John die Anwesenden auf den „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, wird die Versammlung mit einem Hoch auf den neugegründeten Verein geschlossen.

**Berein der Händler und Händlerinnen Berlin und Umgegend.** Heute abends 8 Uhr: General-Versammlung. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich.

**Landmannschaft der Siedewitz-Golzheimer.** Heute abends 8 Uhr Zusammenkunft in G. Feuerstein's Lokal, Alte Jakobstr. 76.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag und Sonnabend von 6 bis 7 Uhr abends statt.

**Dr. S. 106.** Gegen Krämpfe wird das Einprägen der Hände, Fußböden, Schwellen etc. mit Petroleum empfohlen. Auch legt man grobe, angefeuchtete, mit Zucker besetzte Schwämme aus, in welchen die Tiere sich zu taufenden fangen. Die Schwämme sind mit heißem Wasser auszubringen.

**Schwald.** 1. Nach § 133a W.O. beträgt die Stundungsfrist für einen Werkführer, der nicht lediglich vorübergehend mit Leistung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder einer Abteilung desselben beauftragt und nicht gegen Arbeitslohn beschäftigt ist, wenn nichts anderes vereinbart ist 6 Wochen zum Ersten des Quartals. 2. Na. 3. Schwerege sind hampesfrei.

**Briefkasten der Expedition.**

**Greßbrettenbach.** Beschwerde würde nichts nützen; es empfiehlt sich, den „Vorwärts“ spätestens 8 Tage vor Ablauf des Quartals zu bestellen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Mittwoch, den 6. April.**  
**Cyrcusbus.** Offen's Heimkehr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Deutsches.** Der Biberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Peking.** Im weißen Rösch. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Die Mollenburger. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Goethe.** Des Meeres und der Liebe Wellen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Die Ahnfrau. Anfang 8 Uhr.  
**Rach.** 3 Uhr: Kabale und Liebe. Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Die Freunde der Handlichkeit. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Kebenz.** Sein Arid. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Geschlossen.  
**Central.** Tantalus. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Chend.** Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.  
**Welle-Mitane.** Der rechte Schlüssel. Anfang 8 Uhr.  
**Luisen.** Eine Partie Piquet. Die Nachbarinnen. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Die Keinen Bogadunen. Anfang 8 Uhr.  
**Mirganderplatz.** Berlorene Mädchen. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Tandenstraße 48-49. Naturh. d. Kustf. d. v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.  
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich (außer Sonntag und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.  
**Passage-Panoptikum.** Berliner Hochleben.  
**Reichshallen.** Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Feen-Palast.** Ethnographische Ausstellung.

## Urania

**Taubenstr. 48/49.**  
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. - Abends 8 Uhr: - Wissenschaftliches Theater. - Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 8 Uhr: - Ausstellungs-Saal und Vorträge. - Näheres die Tagesanschlüge.

**Castan's Panoptikum.**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu!!** Indisch-hindustanische Gaukler - und - Schlangen-Beschwörer.  
**Das BÄRENWEIB.**

**Passage-Panoptikum.**  
Letzte Woche!  
**Berliner Nachleben**  
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.  
Vorher: **Theater Variété.**

**Ostend-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Welsch. Abends 8 Uhr, um 58. Platz:  
**Unter der Polarsonne.**  
Großes Lustspiel mit Gesang von G. Sondermann u. Chr. Wilsch. Musik von G. Schiller. Besetzung: von F. Hill.  
Soll: Fr. Clara Fernou als Debut.  
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 7 Uhr.  
Sonntag Nachmittag, halbe Preise: **Der Wilderer.** - Montag und Dienstag Nachmittag: **Im Jernhauke.**

**Volks-Theater**  
Im Welt-Restaurant  
97. Dresdener-Strasse 97.  
**Im Vorzimmer Sr. Excellenz.**  
Lebensbild von Rudolf Hahn.  
**Das vierte Gebot.**  
Gehärteter Gemälde von Bauermeister.  
**Försters Wilhelm.**  
Liederpiel von Studenrod.  
Im vorderen Saal:  
**Tyroler Sänger Alois Ebner.**  
Anfang: Sonntag 6 Uhr. Montag: 7 1/2 Uhr. Am 2. Osterfesttag, mittags 12 Uhr: **Natinee.**

**Quarg's Vaudeville-Theater**  
Grand Hotel Alexanderplatz  
Bis Sonntag geschlossen.  
Am 1., 2. u. 3. Osterfesttag:  
**Gr. Extra-Vorstellungen.**  
**König Heinrich**  
mit Leonhardy Haskel und **sämtliche Spezialitäten.**  
Anfang an den Feiertagen 6 Uhr.  
Entree 30 Pf.

**Freie Volksbühne.**  
Einige neue Mitglieder können noch für die 4. u. 5. Abtheilung in den Zahlstellen von G. Schulz, Böttger, Niemeyer und Beyer aufgenommen werden.  
**II. Abtheilung:** Sonntag, den 16. April, im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:  
**„Die Weber“.**  
Sonntag, den 17. April, im Lessing-Theater: **V. Abtheilung:** **Abu Said und Cyprionne.**  
Die Zahlstelle von Böttger, bisher Zossonerstrasse, wird am 15. verlegt nach dem Marhsincke-Platz No. 11. Die Zahlstelle von Becker ist jetzt Gerichtsstr. 28, v. part.  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46, II.

**Neue Freie Volksbühne**  
Sonntag, den 10. April (1. Osterfesttag), nachm. 2 1/2 Uhr, im Thalia-Theater:  
**Hedda Gabler.**  
Schauspiel in 4 Akten von H. Ibsen.  
Da jetzt für einige Neuaufnahmen Platz geworden ist, werden Reflektierende ersucht, sich baldmöglichst bei einer der Zahlstellen anzumelden.  
**Avis:** Karten für die Extra-Vorstellungen im Schiller-Theater sind am Sonntag im Theater zu haben.

## Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 17. April, vorm. präz. 11 Uhr,  
im Saale der Brauerei Friedrichshain:  
**Übungsstunde.**  
Folgende Lieder werden gesüdt: „Grüß an den Mai“, „Festgesang“, „Saat und Ernte“, „Des Menschheit Erwachen“, „Sängermarsch“, „Frühlingdruf“. - Die Vereine sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen. Bundes-Mitgliedskarte legitimirt.  
Im Nebensaal präz. 10 Uhr: **Ausschuss-Sitzung.**  
Tagesordnung: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Wahl der Revisoren und Kontrollen. 3. Anträge zum Delegiertenkongress der Arbeitervereine etc. und Wahl eines Delegierten. 4. Vorschläge resp. Wahl zum Bundeskongress. 5. Verschiedenes.  
Sämtliche Vereine müssen vertreten sein.  
Der Vorstand.

**Reichshallen-Theater.**  
Leipzigstrasse No. 77.  
Das neue hochinteressante April-Programm!  
**Four Sisters Amelia.**  
**The Almasio.**  
**Family Trapnell.**  
**Christoffersen.**  
**Karl Wilhelm.**  
**Valentine Cadowa.**  
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Reichshallen-Tunnel:**  
Concert-Soirée.

**Apollo-Theater.**  
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gluck.  
The Felsina. Constantin Marlos.  
Sig. Salerno. Isa Edelweiss  
**Robert Steidl.**  
Tartakoff-Troupe. Mr. Bolter.  
Hedwig Brasell. Mile. D'Elzano.  
**Eugenie Fougère**  
Kosmograf. Bonhair-Troupe.  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

**Kaufmann's Variété.**  
I. Original-Budapester  
Poesen- und Operetten-Theater  
Direktion: Gebr. Hornfeld.  
**Der Lumpensammler.**  
Wiener Lebensbild. Hauptrollen: **Donat** und **Anton Herrfeld.**  
Ausserdem das neue **April-Programm.**  
Geschwister Silvair. Gesangstexte. Prof. Pedro Ricardo, das Sensationellste der Hunde-Dressur. Phil. Bradi. Walker-Sänger. Amanda Nordstern, der weibliche Humorist. Wienecke's Zwerg-Theater. Professor Hooberts, Illusionist.  
Mittwoch, den 20. April 1898:  
Erstes Auftreten des unverwundlichen Berliner Volkshumoristen **Martin Bendix** in dem neuesten Gebrüder Hornfeld'schen Lustspiel **„Die vierte Frau“** als Vogelzüchter „Schusselich“.  
Wochentags 8 Uhr.  
Anfang: Sonn- u. Feiertags 7 Uhr.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr.  
im „Schützenhause“, Linsen-Strasse Nr. 5:  
**Ordentl. Generalversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. Wolfgang Grune über: „Kolonisierungs- und Welthandelspolitik“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und des Kassiers. 4. Neuwahl des Vorstandes. 245/4\*  
Gäste sind willkommen. Aufnahmen werden vor und nach der Versammlung vollzogen.  
Der Vorstand.

**Berliner Gewerkschafts-Kommission**  
Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentl. Versammlung der Delegirten**  
im „Louisenstädtischen Clubhaus“, Annenstr. 16.  
Tages-Ordnung:  
1. Die am 1. April in Kraft getretene Tarifgesetzgebung und was haben die Berliner Gewerkschaften nun zu thun? Referent: Reichstags-Abgeordneter **Robert Schmidt.** 2. Bericht der Kupferschmiede. 3. Bericht über den Schuhmacherstreik. 4. Gewerkschaftliches. Jeder Delegirte ist verpflichtet, zu erscheinen.  
J. K.: Rudolf Millarg.

**Chemigraphen.**  
Donnerstag, den 7. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Jubel, Lindenstr. 106:  
**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung: 92/11  
1. Verwaltungs- und Kassensbericht. 2. Wahl des Vorstandes, der Revisoren u. s. w. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimirt.  
Um zahlreichem Besuch bittet **Die Verwaltung.**

**Achtung! Rabitzputzer! Achtung!**  
Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, bei Stadernad, Inselstr. 10:  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
der Zahlstelle Berlin III (Zentral-Verband der Maurer)  
Tages-Ordnung:  
Stellungnahme zur Lohnreduktion bei der Firma C. Schulz, Charlottenburg. 252/9  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung, Kupferschmiede!**  
Donnerstag, 7. April, abends 8 1/2 Uhr,  
im Grand Hotel Alexanderplatz, Eingang Neue Königstr., Portal II:  
**Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins**  
Tages-Ordnung: 99/9  
1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Verschiedenes.  
Um zahlreichem und pünktlichem Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsjahre Berlin).  
Freitag, den 8. April 1898 (Charfreitag):  
**Fuss-Partie der Metallarbeiter**  
von Charlottenburg nach Schildhorn (Raiter Garten).  
Treffpunkt: Morgens 7 Uhr im Lokal von **Welsche**, Weißbäckerstr. 44.  
Stige Beileiligung erwünscht. [111/13] Die Ortsverwaltung.

**Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.**  
Donnerstag, den 7. April, abends 8 Uhr:  
**Zwei Versammlungen.**  
für Osten und Süd-Osten: **Andreasstr. 21** bei **Steckert.**  
für Norden, Moabit und Wedding: **Weddingpark, Müllerstr. 178** bei **Trapp.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag der Kollegen **Blauert** und **Kater.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
129/6  
Der Vorstand.  
J. K.: **Fritz Kater, Albedenstr. 36.**

**Alcazar-Theater.**  
Dresdenerstr. 62/63 (Ally-Passage)  
Direktion: **Richard Winkler.**  
**Durchweg neues Programm.**  
**Im Forsthaus.**  
Charaktergemälde mit Gesang in 1 Akt.  
**Henry Arlon.**  
Aufstiege des gekanntesten neu engagierten Künstlerpersonals.  
Donnerstag, den 7. und Freitag, den 8. April, bleibt das Theater geschlossen.  
Am Sonnabend, den 9. April **Neues Riesen-Programm.**  
**Lebende Photographien** in höchster Vollendung.  
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.  
Entree 30 Pf.  
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Vorzugskarten haben Vorrang.

**Neues Olympia-Riesen-Theater**  
(Circus Benz) Karlstrasse  
**Sport**  
Jockey-Flach-Rennen etc.  
**Preisringkampf**  
zw. d. franz. Meisterschafts-Ringer **Charles de Barré** u. d. Berliner Restaurateur **Theodor Haldke** in **Bolossy Kiralfy's Konstantinopel.**  
Anfang 8 Uhr. Beg. d. Bannons 6 1/2 Uhr.  
Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. 1 Kind frei.

## Codes-Anzeige.

Bekanntes, Freunden u. Bekannten zeige hiermit an, daß am 5. d. M. meine Frau, unsere Mutter, Schwäger- und Großmutter **Elisab. Hubert** geb. Jatske, nach schweren Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, vorm. 11 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichstraße aus statt. 27965  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
Hiermit allen Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser **Ernst Matzke**, am Sonntag plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Friedhofes (Eisenstraße) aus statt. 27945  
Die Kollegen der Firma **Küstermann u. Co.**  
**Dankagung.**  
Für die rege Theilnahme und reichen Anzeigenspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftführers **Fritz Wilpert**, sage allen Bekannten, Freunden und Bekannten, sowie dem Personal der Wöllner'schen Schiffszuckererei, meinen herzlichsten Dank. Die trauernde Wittwe nebst Kindern. 27966

**Maehr's Theater**  
Oranien-Strasse 24.  
Täglich:  
**Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Das Vermächtniß. Neu! Neu! Schwarze Hände! Neu! **Ernst Kühne**, Humorist.  
**Loni Tholey**, Comödiant.  
**Selma Westphal**, Comödiantin.  
Anfang: Sonn- u. Feiertags 6 Uhr.

**Feen-Palast**  
Burgstrasse 22.  
**Völker-Ausstellung**  
Wiener Zoologisch. Garten  
**Aschanti-Dorf**  
**Javaner-Dorf**  
132 Eingeborene.  
Entree 50 Pf., Kinder u. Militär die Hälfte.

**Concerthaus**  
Leipzigstr. No. 48  
Täglich:  
**Hoffmann's Quartett**  
und **Humoristen.**  
**In Zossen.**  
Fortsetzung von **Alle 5 Barrisone.**  
Donnerstag, Freitag u. Sonnabend geschlossen.

**Lebte Vorstellung.**  
**Circus Busch**  
(Bahnhof Börse).  
Mittwoch, den 6. April 1898, abends 7 1/2 Uhr:  
**Gala-Abschieds-Vorstellung.**  
**Zaragoza.**  
Ordn. Maudes-Schauspiel des Circus Busch. Belaudes herzugehören: Die weiblichen Franzosenhelfer. Der Sturz von der 60 Fuß hohen Brücke ins Wasser. Der pompöse grüne Hüt. Auftreten **Manuel**, **Reinhold** und **Künstler**, sowie **Japant. Stownd** und **Augstie.**

**Dankagung.**  
Bei meiner Abreise nach Kriegerpark kann ich nicht umhin, dem hochwuerthenden Publikum meiner Vaterstadt Berlin hiermit meinen innigsten Dank auszusprechen für die großen und anhaltenden Beweise von Sympathie, welche man mir und meinem Unternehmen aus allen Kreisen der Bevölkerung auch in dieser Saison entgegengebracht hat. Ich bitte nur dieses Wohlwollen auch für die kommende Saison zu bewahren und soll es mein Verlangen sein, durch ganz besondere Ueberallungen, welche ich in Vorbereitung habe, mich dessen werth zu zeigen. Indem ich schließlich auch den Bekannten der künftl. Wochenschrift Berlin sowie der gesamten Presse für das mir bewiesene Wohlwollen meinen aufrichtigsten Dank ausspreche, gelbe in Erinnerung frohen Wiedersehens im Herbst.  
Dankungsvoll ergebend  
**P. Busch, Direktor.**



# Mittwoch den 6. April

Damen-Glacé-Handschuhe 4 Knöpfe, farbig 1,15 | 4 Knöpfe, schwarz 1,75 Mk.

Herren-Glacé-Handschuhe „Derby“ gesteppt, 2 Knöpfe, farbig 1,75 Mk.

Halbseidene Handschuhe für Damen, farbig und schwarz 60 Pt.

Radfahr-Handschuhe für Damen und Herren, weiss, grau und braun 50 Pt.

Ausstellung  
der neuesten Modelle  
in Damen-Konfektion.

Ausstellung  
von garnierten Damen-Hüten  
für Frühjahr und Sommer.

## Warenhaus A. Wertheim

# Warenhaus P. Rothenberg, Moabit

Thurmstr. 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse.

## Eröffnung Donnerstag, den 7. April, Nachm. 5 Uhr.

18/8

### Grösste Auswahl

neu eingetrossener Formen.

Steifer Rand, weicher Kopf 2,50 u. 3 M. Steifer oder weicher Herrenhut 1,75 bis 3 M. Eleganter Cylinderhut mit Monogram 7,50. Extra Haarhut weich oder steif, 4,50 u. 5 M.

Grosse Auswahl Kinder- und Knabenhüte 1-2 M. 40012\*

Am 1. Feiertag bleibt mein Geschäft fest geschlossen. Gut-Engros-Geschäft.

Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38



### Anzüge nach Maß für Herren & Knaben

Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reifkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

### Grosse Betten 11,50 M.

Kompletter Stand, enthaltend: Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen für 11,50, 13,50, 16,50, 19,50. Doppeltgereinigte

### Bettfedern und Dauen

von 50 Pf. pro Pfund an bis zu den feinsten Qualitäten.

### Bettstellen

zu allen Preisen!

### R. & S. Moses

4. Reinkendorferstr. 4, an der Markthalle. 45309\*

### Rudolf Moses,

41. Metzgerstrasse 41.

### Betten

Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Portioren, Spinnel, Longues, Tischdecken.

### Sommerpaletots,

Regulatoren, Reifkleider, Operngläser, sportlich Pfandstücke Reanderstr. 6.

### Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 45372\*

an der Barnim-Strasse 4/5, Sonntag geöffnet.

### Zu Ausflügen

empfiehlt sich

### Brauerei Pichelsdorf.

Cefonom Otto Stark.

### Möbel auf Theilzahlung

### Wohnungs-Einrichtungen

bei bescheidener Anzahlung

und Jahre hinaus vertheilt Lagerbesichtigung erboten.

auf Ratenszahlungen. Rein Kaufzwang.

Couranteste und beste Bedienung.

Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht

Stets enormes Lager vom einfachsten bis feinsten Genre.

### Central-Möbel-Halle

Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

## BUTTER

bestehen Sie am vortheilhaftesten aus der. 45800\*

### Butter = Großhandlung

J. Maeding,

Comptoir und Lager: Krautstrasse 48 und seinen Filialen: Kappens, Ecke Gr. Frankfurterstrasse. Memelerstrasse 52. Weidenweg 106. Nigackerstrasse 1. Krautstrasse 48. Markstraße 47. Langestr. 27. Andreas-Marktstrasse 115-118. Kranienstrasse 129. Reihe E 15-18.

Täglich frisch (Detail-Preise).

wirklich feine Tischbutter . . . . . 1,00

besonders zu empfehlende . . . . . 1,10

den verwöhntesten Geschmack

zufriedenstellende . . . . . 1,20

Eier, nur frische Waare (können gefodet werden), z. B. Billigsten Tagespreisen.

Käse, alle Sorten nur in bester Qualität.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

### Bekanntmachung.

Am 1. Mai, am 10. Mai und am 5. Juni, vormittags 9 Uhr, findet für die Mitglieder je eine Sonder-Vorstellung in der „Urania“, Taubenstr. 48/49, statt. Zur Aufführung gelangt 111/12

### „Vom Mallerhorn zur Jungfrau“.

Um den vielen Ungenutzlichkeiten, welche sich bei früheren Vorstellungen herausgestellt haben, ein Ende zu bereiten, haben wir, in Verbindung mit der Gesellschaft Urania, Garderobenzwang eingeführt und den Preis für das Billet auf 70 Pf. inkl. Garderobe festgesetzt. Durch den geringen Zuschlag von 10 Pf. ist es jedem Besucher möglich gemacht, seine Sachen zur Aufbewahrung abzugeben. Die Einrichtungen in der Urania sind so vorzüglich, daß nach Schluß der Vorstellung jedermann in wenigen Minuten in Besitz seiner Garderobensachen gelangen kann.

Um eine gerechtere Vertheilung der Plätze herbeizuführen zu können, gelangen die Billets nicht mehr in der bisherigen Weise zum Vertrieb. Da eine Verlosung der Plätze in der Urania selbst nicht gestattet ist, so gelangen die Billets in geschlossenen Kouverts zur Ausgabe und zwar, um allen Wünschen der Kollegen gerecht zu werden, in Kouverts mit einzelnen und doppelten Billets. Wir eruchen alle Mitglieder und Vertrauensleute, ihren Bedarf an Billets bei den Kassieren oder auf dem Bureau, Annenstrasse 39, rechtzeitig anzugeben.

Die Ordverwaltung.

Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin? Zum alten 40631\* Freund auf Pichelswerder.

### Möbel und Polsterwaren, Franz Tulzauer,

Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.

### Vorsicht!

ist geboten beim Einkauf von Waschlappen. Das beste, billigste und bequemste Waschmittel der Welt ist und bleibt

### Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schwarzmarke „Schwan“).

Zu haben in den meisten Seifen-, Droguen- und Colonialwarenhandlungen.

### Neu eröffnet!

### „Patzenhofer“

### Bierauschank

hell und dunkel

von Friedrich König,

Sachsen-Allee 22 (Cranien-Platz),

Wolfsden Drebbener- u. Cranienstr.

Partei-Lokal Falkensteinstr. 7 zu verl. 27925

### Dampfer-Partien

für Gesellschaften bis zu 60 Personen

werden gefahren von 27906\*

H. Krause, Köpenickerstr. 48.

### Cösliner Hof

Cöslinerstr. 8, 3 Minuten vom

Bahnhof Wedding, empfiehlt seine

Säle (bis 1200 Personen fassend) Sonntagends u. Sonntag unentgeltlich an Vereine. 61/17\*

Für Partigen Schanzgeschäft, 1/4 Baustr., 1/2 Weidstr., 30 Str. Nordh. wohnhaft, in Todesfall billig verk. Möllnerstr. 28a.

Zufälligen, Klagen, Eingaben Putzger, Steglitzerstr. 65.

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen hoch.

Spezialarzt f. Haut u. Gornleiden, 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Künstl. Zähne gegen bequeme billige Theilzahlung. Schmerzl. Zahnoperationen. Goldarbeiter. 92 (Hofstr. 14.) Spreichstr. 12, 13, 3-5 Zahnärztler Herold, Chem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.

Fahrrad 1898er Modell, erstf. deutsches Fabrikat, reelle Garantie, verkauft billig Carl Schultze, Annenstr. 26, 2 Tr. Köpenickerstr.

### Milchbübel,

Rennen, Saiten, Buttermaschinen 445L\* Jordan, Al. Rathausstr. 28.

### Margarine

kaufen Sie für 50 und 65 Pf. 2 Pfund hochrein und frisch 44300

Markthalle

Dreddenstr. 200-201, und Pianulifer 96, a. d. Rottbäuer Str.

A. Bothe (Gogr. 1884.)

Verandt nach allen Stadttheilen

### Theilzahlung monatl. 10 Mk.

liefert Herren-Garderobe nach Maß Tomporowski, Straßauerstr. 56 (Laden).

### Betten

von 10 Mk. an, Mandarinen-Damen 2,35 Mk., Bettwäsche, Stoppdecken, Gardinen, Kissen, Lude's Bettensand, Reanderstr. 8, Verandt v. Nachnahme.

### Kragen u. Capes,

einfache und elegante, empfiehlt J. Müller, Schneiderstr. 15, I.

Kinderwagen, billig, ist billig u. verl. Bondzulla, Annenstr. 12, u. IV.

### Arbeitsmarkt.

### Wäseher

auf Coppen und Färder w. verlangt v. Hiltberg, Weihenstr. Langhändler 1.

Drehöler, Schleifer, Polierer, Gürtler sucht

Stoßfabrik Alexandrinenstr. 9.

Buchbinder sucht f. 1. u. 2. Besatz, letzte Stelle hatte 1 1/2 Jahre inne.

Off. u. H. Fürstberg, Bernauerstr. 63.

Goldschläger, Lehrling verl. Werner, Annenstr. 26, Köpenickerstr. 5.